

Südzeit



Sept '14 | Nr. 62 | 3,00 €

Schwerpunkt „Rüstung“:
Wie wir mit Waffen leben

Rosen, Lilien & Co.:
Tipps zum Blumenkauf

Finanzen:
**Ist Ihre Geldanlage
bombensicher?**





Reinhard Hauff



Dr. Christoph Nix



Junge Kämpferin



Saliou Gueye

Rüstung

- 4 Die Waffe und ich
- 7 Ein Gewehr erobert die Welt
- 11 Kurzinfo: Rüstung und Aktionen
- 12 Man soll sie zerschmeißen
- 14 Brauchen wir das Militär?
- 18 Ist Ihre Geldanlage bombensicher?

Einkaufen

- 20 So zaubern Blüten ein Lächeln

Produkte

- 22 Charmant und gepflegt in den Herbst

Politik

- 24 Fragwürdige Partnerschaft

DEAB

- 26 Meilenstein der Entwicklungspolitik

Service

- 28 Termine
- 29 Aktuelles, Reise, Fairer Handel
- 31 Das war mein größter Coup



Liebe Leserin, lieber Leser, die Große Koalition streitet über den richtigen Kurs bei Rüstungsexporten. Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel möchte die Rüstungsexporte einschränken, CSU-Chef Horst Seehofer warnt dagegen vor Arbeitsplatzverlusten. Er kritisiert, Gabriel setze ohne wirkliches Konzept das Wohlergehen der deutschen Wirtschaft aufs Spiel. Für die ehemalige EKD-Ratsvorsitzende Margot Käßmann zählt das Argument des Wirtschaftswachstums nicht, denn es gehe nur um 0,2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. „Es muss doch möglich sein, diese Arbeitsplätze in konstruktive Produktionen zu verlagern.“ Während bei uns gestritten wird, sterben Tag für Tag mehr als hundert Menschen an Schussverletzungen aus Kleinwaffen, die in Süddeutschland produziert wurden. Rüstungsexperte und Südzeit-Autor Jürgen Grässlin schätzt, dass sich weltweit etwa 15 Millionen Schnellfeuergewehre, hergestellt von Heckler & Koch in Oberndorf, in Umlauf befinden. Mindestens zwei Millionen Menschen seien durch den Lauf dieser Waffen bereits getötet worden. Seine Schlussfolgerung lautet: „Der Export und die Vergabe von Lizenzen muss bei Kleinwaffen sofort und vollständig verboten werden“. Doch nicht nur Deutschlands bekanntester Rüstungsgegner kommt in dieser Ausgabe zu Wort. Viele engagierte Persönlichkeiten waren bereit, ihrer Meinung zum Thema Rüstung in Südzeit Ausdruck zu verleihen. Wer sich nach der Lektüre von Südzeit in das Thema vertiefen möchte, dem sei das Buch „Schwarzbuch Waffenhandel“ von Jürgen Grässlin wärmstens empfohlen.

Ihre
Susanne Schnell



Titelfoto:

Die Eurofighter bilden die Speerspitze der Luftraumüberwachung.
Foto: Bundesheer

Impressum

Herausgeber:
Dachverband Entwicklungspolitik
Baden-Württemberg (DEAB) e.V.,
Vogelsangstraße 62, 70197 Stuttgart
Tel: 07 11-66 48 73 60
Mail: info@deab.de
www.deab.de, www.suedzeit.de

Redaktion:
Ralf Häußler, Reinhard Hauff, Luzia Schuhmacher,
Eugen Schütz, Uta Umpfenbach, Silke Wedemeier,
Susanne Schnell, verantwortlich.

Redaktionsadresse:
Redaktion Südzeit,
Susanne Schnell, Mühlrainstr. 15,
97941 Taubertshausheim,
Tel: 0 93 41-89 78 88, Mail: suedzeit@deab.de

Nächster Redaktionsschluss:
15. Oktober 2014

Anzeigen-, Abo- und Finanzverwaltung:
Uta Umpfenbach,
Vogelsangstraße 62, 70197 Stuttgart
Tel: 07 11-25 39 40 25, Mail: abo@deab.de

Konto für Abos und Spenden:
DEAB e.V./ Südzeit, GLS-Bank,
BLZ: 430 609 67, Konto: 75 548 901

Layout: Scharmant Design,
Heike Scharm, www.scharmant.de
Korrektur: Silke Wedemeier, Stuttgart
Druck: Hinkel-Druck GmbH, Wertheim
Versand: Caritas-Neckartalwerkstätten,
Stuttgart-Hedelfingen

Bildquellen: siehe Seite 30.
Recyclingpapier mit dem Blauen Engel.

Diese Südzeit wird gefördert von der Aktion Hoffnung der ako, Stuttgart, Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst, der Evangelischen Landeskirche Württemberg und der Evangelischen Landeskirche Baden

Gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt-Evangelischer Entwicklungsdienst

Wir danken allen ganz herzlich, die Südzeit mit einer Spende oder einem Abonnement unterstützen!

Die Waffe und ich

Ein Arzt, ein Theaterintendant und ein Geschäftsführer: Über die Rolle, die Waffen in ihrem Leben spielen

*Wir alle sind schuldig:
Wir leben vom Waffenverkauf
am Bodensee*

Als das Ellenrieder Gymnasium in Konstanz vor ca. zwei Jahren einen Kooperationsvertrag mit der Waffenfirma EADS schloss, kündigte ich als Theaterintendant an, mit dieser Schule und seinem Schulleiter nicht mehr zusammenarbeiten zu wollen. Er hatte, ebenso wie drei weitere Schulrektoren, ohne Rücksprache mit dem Lehrerkollegium, ohne Rücksprache mit den Eltern und ohne Rücksprache mit den Schülern einen Kooperationsvertrag mit dem Rüstungskonzern EADS geschlossen, der Leistungen wie Praktika, Lernmittel und Bewerbungstrainings beinhaltet.

Schlimmer aber: seitdem die Eltern und Schüler das wissen, hat sich nichts geändert, noch schlimmer, nachdem ich mit Abbruch der diplomatischen Theaterbeziehungen gedroht hatte, erschien der Schulleiter in meinem Theater, brachte Croissants mit und dachte, man könne die Sache so regeln: Wir vereinbarten, dass zunächst an der Schule eine offene Podiumsdiskussion stattfinden sollte, mit Vorständen der EADS und Kritikern wie z. B. Jürgen Grässlin. Als ich am Abend des 4. Februar 2012 mit meinem Sohn die Schule betrat, waren auch zwei Vertreter von „seemoz“ da, ein kritisches On-



line-Magazin vor Ort. Zwei Damen kamen mir entgegen, den Kirchweihglanz im Gesicht und forderten mich auf, die Schule sofort zu verlassen, sonst würden sie die Polizei holen. Ich war verblüfft, hatte mich Oberstudiendirektor Beckmann doch eigens eingeladen. Die Polizei kam, die Attacke sollte den Seemozern gelten, ich erklärte als Anwalt, der ich ja auch bin, dass es sich um öffentliches Hausrecht handeln würde, egal: raus – und alle schwiegen. Sie schwiegen, die Oberstudienräte und Mütter, der Geschäftsführer der IHK, die Dekanin der Kirche, die braven Schüler und auch der Abonnent des Theaters, der Sozialarbeiter und interessierte Psychologe. So ist das am Bodensee.

Da ist der Firmensitz von Diehl, die große Waffenfirma, ihr Vorstand Günter spricht lieber etwas abstrakter von Systemen statt von Waffen. In der Stadt will keiner auf die Steuer verzichten. Einmal bin ich nach dem Sommertheater dort nachts vorbeigefahren. Alles ist sauber und clean, der Wachmann trägt Krawatte. Als ich behauptete, Diehl sei auch an der Entwicklung von Waffen be-

teilt, an denen die Kinder in Uganda ausgebildet werden, haben sie gleich dem grünen Oberbürgermeister geschrieben und mit Klage gedroht. So ist das am See, wenn man laut nachdenkt: ach, und ob er mich geschützt hat der grüne Oberbürgermeister, mein Gott, die Leute sind dann Oberbürgermeister, die leben auch von den Steuergeldern der Rüstungsindustrie.

Diehl liegt jetzt weltweit auf Platz 62, sein Umsatz bei Waffen liegt bei ca. 1,3 Milliarden Euro. Ein echtes Familienunternehmen, seit 1902, dagegen ist ATM Computer in Konstanz nur eine Tochter von Krauss Maffei, immerhin auf Rankingplatz 52. Die Angestellten leben mitten unter uns, sicher gehen auch zwei oder drei ins Theater und schauen sich kritische Stücke an. Im Sommer hat das Theater Konstanz ein Spektakel in Überlingen, wir bekommen einen Zuschuss von 60.000 Euro. Neulich, als ich wieder überlegte, mit dem Ellenrieder Gymnasium ganz zu brechen, sagte meine Theaterpädagogin, bitte nicht, die haben sehr nette Schüler und Lehrer.

Letzten Monat war ich in Burundi, auch hier wurden 1992 Tausende von Tutsis ermordet, einem der kleinsten und ärmsten Länder der Welt. Der Fahrer unseres Jeeps sagte mir, er mache sich große Sorgen, der Präsident der Republik sei dabei, seine Parteijugend zu bewaffnen, gute Waffen aus Deutschland. Ich stieg aus und wusste, ich bin nicht besser, ich tue zu wenig, auch ich lebe hier davon am See, an dem es so schön ist.

■ Prof. Dr. jur. Christoph Nix (1954) ist Theaterintendant in Konstanz, Rechtsanwalt und lehrt gelegentlich an der Universität Bremen Jugendstrafrecht.

*Die Menschen im Süden
fühlen sich von Kleinwaffen
bedroht*

Seit über 30 Jahren warnen Ärzte weltweit vor dem Atomkrieg, damals wurde die internationale ärztliche Friedensorganisation IPPNW gegründet. Nachdem ich zuvor zwei Jahre in Afrika gearbeitet hatte, stieß ich 1986 dazu. Mit ein paar anderen sah ich schon damals den Nord-Süd-Konflikt als ebenso bedeutsam wie den zwischen Ost und West, und wir gründeten einen „Arbeitskreis Süd-Nord“. Als mit der Zeit immer mehr Kollegen aus südlichen Ländern zur IPPNW stießen, brachten sie auch ihre Anliegen mit: Atomwaffen waren weit weg, die Menschen im Süden fühlten sich viel mehr von etwas anderem bedroht: Der Pandemie der Kleinwaffen. So entstand „Aiming for Prevention“, eine ärztliche Kampagne der IPPNW gegen Kleinwaffen.

Als 2011 die IPPNW ihr 30-jähriges Jubiläum feierte, führten wir eine Diskussion über die Zukunft unserer Arbeit. In „Aiming for Prevention“ wurden Kleinwaffen bis dahin als Problem des Südens verstanden. Ich hielt dagegen: Geschossen wird bei uns kaum, aber die Waffen werden hier gebaut und verkauft. Wir sollten also unseren Beitrag zur Kampagne liefern: Einen internationalen Kongress zum Thema. Vor den Toren von Heckler & Koch, dem größten Produzenten in Europa.

Im Sommer 2013 fand er unter dem Titel „Zielscheibe Mensch“ in Villingen-Schwenningen statt, unweit von Oberndorf. Ärzte aus Ländern des Südens berichteten, wie sie tagtäglich mit Opfern von Krieg und Gewalt zu tun haben. In ihren Schilderungen wurden die gesundheitlichen, aber auch die sozialen und wirtschaftlichen Konsequenzen



deutlich, die der Einsatz von Kleinwaffen für den einzelnen Menschen haben kann. Die folgende Geschichte erzählte ein Kieferchirurg aus Kenia: „Ein 17-jähriger Junge aus dem Kongo kam zur chirurgischen Behandlung seiner Schusswunde an die Universitätsklinik nach Nairobi. Soldaten einer kongolesischen Rebellenarmee hatten dem Sohn eines Diamantensuchers ins Gesicht geschossen, als sie bei ihm die erhofften Edelsteine nicht fanden. Er hatte Glück und überlebte, eine ausreichende Versorgung seiner Verletzung war vor Ort aber nicht möglich. Die Fahrt auf dem Landweg über Uganda nach Nairobi war 3.000 Kilometer lang. Es dauerte über ein Jahr, bis er das Geld von seiner Familie und seinen Freunden gesammelt hatte, um die Reise und die Behandlung zu bezahlen. Seine Ober- und Unterkieferknochen waren von der Kugel zerkleinert. Sein entstelltes Gesicht versteckte er in der Öffentlichkeit hinter einem Halstuch, das er sich vor den Mund band. Ein Implantat wurde eingesetzt, um ein Kieferfragment zu ersetzen, in den Unterkiefer wurde eine Stahlplatte eingeführt. Die Operation dauerte neun Stun-

den und die Gesamtkosten beliefen sich auf 6.000 Dollar. Der Junge wird für sein ganzes Leben traumatisiert bleiben.“

Ein besonderes Problem von Kleinwaffen im Gegensatz zu Großwaffen ist ihre Beständigkeit. Wenn sie einmal im Land sind, wird man sie nicht mehr los; sie breiten sich aus wie eine Seuche. Experten sind sich einig, dass der Handel mit Kleinwaffen, will man das Dilemma irgendwann in den Griff bekommen, unterbunden werden muss. Jedoch: Obwohl die Mehrheit der Deutschen sich in Umfragen dagegen ausspricht, haben sich die Rüstungsexporte aus Deutschland in den letzten Jahren verdoppelt.

2013 wurde nach langen und schwierigen Verhandlungen eine internationale Vereinbarung über den Waffenhandel unterzeichnet, das „Arms Trade Treaty“ (ATT). Schnell wurde deutlich, dass der bestehende Vertrag kaum etwas ausrichten wird: Die deutschen Richtlinien zum Rüstungsexport, unter deren Einhaltung Deutschland zur Nummer 3 der Rüstungsexporteure wurde, erfüllen bereits jetzt die Bedingungen und müssen bei Inkrafttreten des Vertrages nicht geändert werden.

Die Hoffnung ruht nun darauf, dass der Vertrag nachgebessert werden kann und dass der Handel mit Kleinwaffen langfristig tabuisiert wird. Friedensorganisationen wie die IPPNW werden also einen langen Atem haben müssen.

■ Dr. Helmut Lohrer ist Allgemein- arzt in Villingen-Schwenningen und Mitglied des internationalen Vorstands der IPPNW.

INITIATIVE: Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/ Ärzte in Sozialer Verantwortung (IPPNW): www.ippnw.org

Ich bin bereit, ohne den Schutz militärischer Rüstung zu leben

Ich bin am Niederrhein aufgewachsen. Eine der bekannteren Städte in meiner Heimat ist Kleve. Von ihr sagt der Schriftsteller Joseph Roth: „Wenn es einen landschaftlichen Ausdruck für Pazifismus gäbe, hier ist er. Diese Erde ist für Spaziergänger da, nicht für Marschierende.“ Von daher schien es fast logisch, während meiner Banklehre im Alter von 19 Jahren den Kriegsdienst mit der Waffe zu verweigern. Aber schon vorher, als Dreizehnjähriger, war ich fasziniert vom mehrwöchigen waffenlosen gewaltfreien Widerstand während des Prager Frühlings.

Während meines Theologiestudiums in Münster spielten Waffen eine große Rolle. Es war die Zeit, als es um die Stationierung von neuen Atomraketen in Deutschland ging. Ich engagierte mich gegen die sogenannte Nachrüstung bei wöchentlichen Schweigeaktionen für den Frieden, den jährlichen Ostermärschen und bei Blockadeaktionen vor militärischen Einrichtungen. Meine Diplomarbeit schrieb ich über Fastenaktionen für den Frieden. Nach dem Studium machte ich mein ehrenamtliches Friedensengagement zum Beruf. Seit 1986 arbeite ich bei der ökumenischen Aktion Ohne Rüstung Leben in Stuttgart. Ihre Gründung geht auf die Weltkirchenkonferenz 1975 in Nairobi zurück. Diese verabschiedete den folgenden Aufruf: „Die Kirche sollte ihre Bereitschaft betonen, ohne den Schutz von Waffen zu leben, und bedeutsame Initiativen ergreifen, um auf eine wirksame Abrüstung zu drängen.“ Um diese Empfehlung auch praktisch umzusetzen, entwickelten die Initiatoren von Ohne



Rüstung Leben im Jahr 1977 eine Selbstverpflichtungserklärung für Einzelpersonen: „Ich bin bereit, ohne den Schutz militärischer Rüstung zu leben. Ich will in unserem Staat dafür eintreten, dass Frieden ohne Waffen politisch entwickelt wird.“ Diese wurde im Jahr 1978 erstmals veröffentlicht und bildet seither die Grundlage unseres Engagements. Ohne Rüstung Leben ist keine Aktion der großen Namen, sondern der vielen kleinen Leute. Bei uns können alle mitmachen, die Frieden ohne Waffen mit politischen Mitteln entwickeln wollen. Viele kleine Leute in kleinen und großen Orten unterstützen uns mit ihrem Engagement auf der Straße, im Gottesdienst oder vom Schreibtisch aus. Mit Dialog und Protest, Lobbyarbeit und Aktionen informiere und mobilisiere ich gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen die Öffentlichkeit. Wir engagieren uns gegen Rüstungsexporte und Kleinwaffen, für eine atomwaffenfreie Welt und für den Ausbau des Zivilen Friedensdienstes.

Seit Mai 2011 bin ich einer von drei Sprechern der „Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel!“. Das größte zivilgesellschaftliche Bündnis gegen Rüstungsexporte in der deutschen Geschichte wird neben vielen anderen besonders von christlichen Friedensorganisationen, kirchlichen

Hilfswerken und Jugendverbänden, Landeskirchen und Diözesanräten getragen. Wir fordern, dass Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter grundsätzlich nicht mehr exportiert werden. Mit öffentlichen Aktionen machen wir immer wieder auf unser Anliegen aufmerksam. Zuletzt mit einer ökumenischen Friedensschiffahrt auf dem Bodensee.

Unser Engagement für den Frieden findet zunehmend Beachtung und Anerkennung. So erhielt Ohne Rüstung Leben für das langjährige Engagement gegen Rüstungsexporte gemeinsam mit der „Fachgruppe Rüstungsexporte der GKKE“ im März 2011 den Göttinger Friedenspreis. Im November 2012 wurden wir im Rahmen der „Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel!“ mit dem Stuttgarter Friedenspreis 2012 geehrt.

Niemand, der sich heute wie ich gegen Waffenproduktion und Waffenexporte engagiert, hat die Idylle einer konfliktfreien Welt vor Augen. Aber ich wende mich gegen einen Realismus, der einigen wenigen ein waffengeschütztes Paradies bringt und allen anderen die Hölle. Es geht mir um eine Welt, in der Konflikte auf andere als auf mörderische Weise ausgetragen werden. Eine Welt, in der ein Leben in seiner ganzen Fülle für alle möglich wird. (Joh 10,10).

■ Paul Russmann, Geschäftsführer der ökumenischen Friedensaktion Ohne Rüstung Leben in Stuttgart.

INITIATIVE: Die ökumenische Friedensinitiative Ohne Rüstung Leben startete 2011 die „Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel!“, das größte zivilgesellschaftliche Bündnis gegen Rüstungsexporte. Information: www.ohne-ruestung-leben.de

Ein Gewehr erobert die Welt

Fast jeder deutsche Mann über 50 Jahre hielt es in Händen: Das G3-Gewehr von Heckler & Koch. Auch Militärs auf der ganzen Welt interessierten sich dafür. Mit fatalen Folgen

Das in Genf ansässige Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP, United Nations Development Programme) publizierte bereits 2010 eine Studie, wonach jeden Tag durchschnittlich etwa 2.000 Menschen ihr Leben durch gewaltsam ausgetragene Konflikte oder kriminelle Handlungen verlieren – die weit überwiegende Anzahl durch den Einsatz sogenannter „Klein- und Leichtwaffen“.

In Deutschland nahm das Angebot an wehrtechnischem Material mit Gründung der Bundeswehr Mitte der 50er-Jahre explosionsartig zu. Bereits 1956 wurde ein Vertrag geschlossen zur Produktion eines modernen Gewehrs in Zusammenarbeit mit Centro des Estudios Tecnicos Materiales Especiales, ansässig im Spanien des Diktators Franco. Im Jahr 1958 erwarb die Bundesregierung die Lizenz und damit das Recht zur Fertigung des nun als G3 bezeichneten Schnellfeuergewehrs. Ein Jahr danach einigten sich Heckler & Koch (H&K) und das Bundesverteidigungsministerium auf die Lieferung von beachtlichen 150.000 G3-Gewehren. In der Folge wurde das Schnellfeuergewehr zur Standardwaffe der Bundeswehr und der Armeen zahlreicher anderer Staaten. Für die G3-Lizenzvergaben, dem Recht zum Nachbau, trug die jeweilige Bundesregierung die Verantwortung – für die Vergabe von Lizenzen für alle anderen Waffentypen da-



Bilder des Schreckens: Tote und Verwundete durch Kleinwaffen von Heckler & Koch. Jeden Tag nimmt ihre Zahl zu.

gegen H&K. Keine andere Entscheidung war bezüglich der Rüstungsexporte in der deutschen Geschichte derart folgenschwer wie die der Vergabe der Nachbaurechte für das Schnellfeuerwaffe G3 an andere NATO-Staaten und befreundete Diktaturen. Rund um den Globus interessierten sich Militärs für die äußerst treffgenaue Waffe aus der schwäbischen Kleinstadt Oberndorf am Neckar. In den Sechziger-, Siebziger- und frühen Achtzigerjahren vergaben die von der CDU/CSU, SPD und FDP geführten Bundesregierungen fünfzehn Lizenzen für das G3. Den Anfang nahm das Malheur, als das vom CSU-Politiker Franz-Josef Strauß geführte Verteidigungsministerium António de Oliveira Salazar die Nachbaurechte zu günstigen Konditionen anbot. Als erster Vertragspartner erwarb damit Portugal 1961 die Lizenz für das Schnellfeuerwaffe G3. Der portugiesische Diktator konnte eine eigene G3-Fertigung bestens gebrauchen. Salazars Truppen setzten die Waffe bei Massakern ein, beispielsweise in Kolonialkriegen in Angola, Guinea-Bissau und Mosambik. Heckler & Koch gab beim Portugal-Deal „Blaupausen“ – gemeint sind Baupläne und Fertigungsunterlagen – heraus. Ungehemmt exportierte Portugal Abertausende G3-Gewehre an andere menschenrechtsverletzende Staaten, u.a. an das Apartheidregime in Südafrika. Was folgte, war eine Entwicklung, wie sie weltweit allenfalls mit der Verbreitung der Kalaschnikow verglichen werden kann: Der G3-Lizenzvergabe an Portugal folgte die Vergabe der Nachbaurechte an Pakistan (1963), Schweden (1964), Norwegen, Iran und die Türkei (alle 1967), Saudi-Arabien (1969), Frankreich (1970), Thailand (1971), Brasilien (ca. 1976), Griechenland (1977), Mexiko (1979) und Myanmar (vormals Birma 1981). Zudem sollen die Philippinen und Malaysia G3-Lizenzen erhalten haben.

Nicht in allen Fällen zeitigten die Vergabe von Nachbaurechten und der Bau ganzer Fabrikationsanlagen desaströse Folgen, in einigen allerdings schon. Aufschlussreich ist die Analyse des fünfzehnjährigen Bürgerkriegs zwischen türkischen Militär-, Polizei- und Geheimdiensteinheiten mit PKK-Kämpfern und Zivilisten im Südosten der Türkei. Meine zum Informantenschutz notwendigerweise undercover geführten Interviews mit türkischen Soldaten ergaben eine eindeutige Lagebeschreibung für die Jahre von 1984 bis 1999: Zwischen 80 und 90 Prozent der getöteten Kurdinnen und Kurden, so die Aussagen der von mir befragten Offiziere, wurden mit Schnellfeuerwaffen des Typs G3 erschossen. Das Schnellfeuerwaffe wurde nach der 1967 erfolgten Lizenzvergabe von Makina ve Kimya Endüstrisi Kurumu (MKEK) bei Ankara nachgebaut. Die, wie alle Publikationen partizipierender und damit interessengesteuerter Kriegsparteien, mit Vorsicht zu betrachtende „Siegesbilanz“ des türkischen Staates propagiert folgende Opferzahlen: Bis zum Dezember 1998 sollen laut Aussage des damaligen Staatspräsidenten Süleyman Demirel „mehr als 40.107 ‚Terroristen‘ unschädlich gemacht“ worden sein. Des Weiteren seien 5.238 „Zivilisten“ ums Leben gekommen. Von den rund 9.000 Kurdendörfern im Südosten der Türkei wurden mehr als ein Drittel vernichtet. Neben der türkischen entpuppte sich die iranische G3-Lizenzvergabe als eine der folgenschwersten. Das Regime des westlich orientierten Schah Reza Pahlawi hatte die Nachbaurechte 1967 in der Amtszeit von Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger, CDU, erhalten. Die Fertigungsunterlagen wurden von dem damals bundeseigenen Unternehmen Fritz-Werner-Industrie-Ausrüstungen GmbH in

Geisenheim geliefert. Nach vergleichsweise kurzer Bauzeit konnte die G3-Produktion bei der Mosalsalsasi Weapons Factory anlaufen. Seither wurden pro Jahr bis zu 100.000 G3 in Iran gefertigt. Der Schah regierte mit äußerster Härte. Zum Beispiel verübten seine Soldaten 1978 mit G3-Gewehren ein Massaker unter Demonstranten, rund 4.000 Menschen wurden erschossen. Nach dem Machtwechsel im Frühjahr 1979 exekutierte das Regime des Ayatollah Chomeini seine Gegner mit G3-Gewehren. Im von 1980 bis 1988 währenden Ersten Golfkrieg waren G3-Gewehre die Standardwaffe der iranischen Streitkräfte. Und noch immer nimmt der Spuk kein Ende: Laut Jane's Infantry Weapons 2011-2012 stellt Iran das G3 nach wie vor in Eigenregie in den beiden Versionen G3A1 mit fester und G3A1-1 mit einklappbarer Schulterstütze her und verkauft die Waffe an andere Staaten oder an Terrororganisationen.

Eine neue Waffengeneration folgt

Auch wenn mit den Millionen von G3-Gewehren noch jahrzehntelang auf den Schlachtfeldern der Welt gemordet werden wird, ist dieses Sturmgewehr zumindest produktionstechnisch weitgehend Vergangenheit. Längst haben die Oberndorfer Waffentechniker dafür gesorgt, dass die Nachfolgeneration des G3 und der MP5 den Weltmarkt erobern. Zu ihnen zählen u.a. die Maschinenpistolen MP7 und UMP, die Sturmgewehre G36, HK416 und HK417 sowie das Maschinengewehr MG4. Als aus militärischer Sicht besonders effizient könnte sich die neue „Wunderwaffe“ XM25 entpuppen. Die von ATK in den USA und H&K in Deutschland entwickelte Granat-

maschine kann um die Ecke schießen. Nach ersten Einsatztests an Kriegsgegnern in Afghanistan zeigten sich Soldaten der US-Streitkräfte angesichts der verkürzten Gefechtsdauer bei erhöhter Trefferquote äußerst erfreut. Auf der nichtoffiziellen Firmenwebsite (www.hkpro.com) jubilierten H&K-Fanatiker: „Die XM25 ist die tödlichste Handfeuerwaffe im Arsenal der Army.“ Noch ist das XM25 nicht eingeführt, noch liegt der Schwerpunkt bei der neuen Tötungsmaschine G36 – einem vergleichsweise leichten, handlichen und präzise treffenden Sturmgewehr. Mit dem G36 schießen inzwischen Sicherheitskräfte in etwa 30 Staaten. Richtig Geldverdienen aber lässt sich seitens des G36-Lizenzgebers Heckler & Koch vor allem mit der Erteilung der Nachbaurechte, dem Aufbau ganzer Waffenfabriken inklusive der Ausbildung und der Schulung der Lizenznehmer. Bereits 1998 genehmigte die von Helmut Kohl und Klaus Kinkel geführte Bundesregierung die Errichtung einer ersten G36-Lizenzfabrik in Spanien. Zehn Jahre danach erteilte die von Angela Merkel und Frank-Walter Steinmeier geführte große Koalition eine zweite Genehmigung „für die Ausfuhr von Technologieunterlagen und Herstellungsausrüstung nach Saudi-Arabien zur Fertigung bestimmter Bestandteile des automatischen Gewehres G36“. Für H&K erwies sich die G36-Lizenz an die Machthaber in Riad als äußerst lukrative Geldquelle. Rund 250 Millionen Euro – in etwa der Jahresumsatz des mittelständischen Unternehmens – sollen in die Konzernkasse gespült worden sein. Wie viele Menschen starben bislang durch Kugeln aus dem Lauf von H&K-Waffen? Die Antwort beruht letztlich auf Schätzungen und Aussagen von Militärs. Berücksichtigt werden müssen die legalen H&K-Gewehrtransfers in

Ein Feind ohne Gesicht: Schießstand in Mali.



Getroffen: Durch ein G3-Gewehr verkrüppelter Mann in Afrika.



So üben Soldaten das Schießen in Brasilien.



Ein Opfer von Tausenden: Mann mit schwerer Kopfverletzung.



Strafanzeigen gegen Heckler & Koch

In den letzten Jahren tauchten G36-Sturmgewehre vielfach widerrechtlich in Kriegen und Bürgerkriegen auf. So wurden nachweislich aus der Produktion des Oberndorfer H&K-Werks stammende G36 in den Kriegsländern Georgien und Libyen sowie in Unruheprovinzen Mexikos gesichtet.

Über letztere erteilte mir ein direkt in den Fall involvierter Mitarbeiter umfassend Auskunft. Als ihm die Illegalität des Waffengeschäfts bewusst wurde, verließ er Heckler & Koch umgehend. Daraufhin stellte ich über meinen Rechtsanwalt Holger Rothbauer im April 2010 Strafanzeige gegen das Unternehmen – wegen des Verdachts illegaler G36-Gewehrlieferungen in die mexikanischen Unruheprovinzen Chiapas, Chihuahua, Jalisco und Guerrero. Die Staatsanwaltschaft Stuttgart führte mittlerweile zwei Hausdurchsuchungen durch und sicherte umfassendes Beweismaterial. Zudem stellten wir im Namen der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ Strafanzeige wegen des Verdachts widerrechtlicher G36-Lieferungen an das diktatorische Regime Muammar al-Gaddafi in Libyen. Die Ermittlungen im Fall Libyen wurden mangels konkreter Beschuldiger von der Staatsanwaltschaft Stuttgart im Juli 2014 eingestellt.

Immerhin: Seit 2010 ermitteln die Stuttgarter Staatsanwaltschaft, das Landeskriminalamt Baden-Württemberg und das Zollkriminalamt in Köln. Zumindest im Fall des G36-Mexiko-Deals kann Ende des Jahres 2014 oder Anfang 2015 mit einer Anklageerhebung gegen Verantwortliche von H&K – darunter Führungskräfte – gerechnet werden. Die rechtlichen Vorgaben sind eindeutig: Im Falle der Verurteilung nach Außenwirtschaftsgesetz und Kriegswaffenkontrollgesetz drohen illegalen Waffenhändlern Haftstrafen ab zwei Jahren aufwärts.

Jürgen Grässlin

Ausstellung „TARGETS“

Die Fotografin Herlinde Koelbl hat landestypische Schießziele in fast 30 Ländern fotografiert. In der Ausstellung TARGETS werden die Fotos ergänzt durch Zitate und Portraits von Soldaten sowie Videoinstallationen, die den Schrecken des Krieges spürbar machen. TARGETS ist noch bis 5. Oktober im Deutschen Historischen Museum in Berlin zu sehen. Auf Seite 8 und 9 (jeweils links) zeigen wir zwei Bilder dieser Ausstellung.

offiziell 88 Staaten sowie die beachtliche Zahl weltweiter Nachbauten in mindestens 17 Lizenzstätten. Hinzu kommen Hunderttausende von Waffen, die widerrechtlich unter Bruch der unterzeichneten Endverbleibserklärungen unkontrolliert und ungestraft an andere Länder weiterexportiert werden. Angesichts der etwa 15 Millionen in Umlauf befindlichen H&K-Schnellfeuerwaffe ist das G3 nach der Kalaschnikow die Nummer zwei auf dem Globus. Bis heute wurden mindestens 2.079.000 Menschen durch Kugeln aus dem Lauf von H&K-Waffen getötet, weitaus mehr verkrüppelt und verstümmelt, nahezu alle traumatisiert. Berechnet für die vergangenen gut fünfzig Jahre ergibt dies eine durchschnittliche Tötungsquote von 114 Opfern – wohlgerne Tag für Tag.

Wie reagiert die Bundesregierung?

Wie aber reagiert die Bundesregierung auf die Erkenntnis, dass Kleinwaffen die mörderischsten Waffen weltweit sind? Die Antwort auf diese Schlüsselfrage im Rüstungsexportbereich ist mehr als ernüchternd. In den letzten beiden Jahren steigerte die Bundesregierung ihre Einzelgenehmigungen für Kleinwaffenexporte von 37,90 Mio. Euro 2011 auf 76,15 Mio. Euro im Folgejahr und 2013 gar auf den Rekordwert von 82,63 Mio. Euro. Unter den Empfängerländern finden sich zahlreiche kriegführende und menschenrechtsverletzende Staaten, auch Diktaturen. Hemmungsloser und skrupelloser kann Waffenhandel nicht betrieben werden. Die aus dieser Tatsache resultierende Forderung kann einzig und allein lauten: Der Export und die Vergabe von Lizenzen muss bei Kleinwaffen sofort und vollständig verboten werden. Kompromisse kann und darf es angesichts der exorbitant hohen Opferzahlen nicht geben.



■ Jürgen Grässlin wurde mit mehreren Preisen ausgezeichnet, u.a. mit dem „Aachener Friedenspreis“. Er ist Sprecher der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“, Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Sprecher der Kritischen AktionärInnen Daimler (KAD) und Vorsitzender des RüstungsInformationsBüros (RIB e. V.). Grässlin schrieb zahlreiche kritische Sachbücher über Rüstungsexporte sowie Militär- und Wirtschaftspolitik. Information: www.juergengraesslin.com, www.rib-ev.de, www.aufschrei-waffenhandel.de, www.dfg-vk.de



Buchtipps:

Ein umfassendes Werk über den Waffenhandel und seine Profiteure in Deutschland: Jürgen Grässlin: Schwarzbuch Waffenhandel. Wie Deutschland am Krieg verdient. Heyne Verlag München, 2013.



Ökumenisches Friedensschiff

Unter dem Motto „Frieden schaffen statt Waffen - auch am Bodensee“ trafen sich am 28. Juni rund 250 Menschen in Friedrichshafen. 100 Jahre nach dem Attentat von Sarajevo informierten die Veranstalter auf dem Friedensschiff über die Rüstungsproduktion am Bodensee. „Wir wollen mit dem Ökumenischen Friedensschiff ein deutliches Zeichen setzen für einen Stopp der Waffenexporte“, so Susanne Hellstern, Internationale katholische Friedensbewegung Pax Christi.

Waffen vom Bodensee

Die Initiative Waffen vom Bodensee in Lindau informiert über die Rüstungsfirmen und ihre Produkte rund um den Bodensee: www.waffenvombodensee.com



Rüstung und Aktionen

Pacemakers 2014

Am 2. August startete der zehnte Pacemakers-Radmarathon, bei dem mehr als 150 radsporthungrige Frauen und Männer für eine gerechte und friedliche Welt in die Pedale traten. Die 340 Kilometer lange Strecke führte in diesem Jahr von Bretten über Kaiserslautern nach Heidelberg. Wer die Teilnahme verpasst hat: der nächste Pacemakers-Marathon kommt in einem Jahr. www.pace-makers.de



Aktueller Rüstungsbericht der Bundesregierung

„Zu den führenden Empfängerländern deutscher Kriegswaffen zählen menschenrechtsverletzende Regime in Algerien, Katar, Saudi-Arabien und Indonesien. Das ist ein Skandal“, so Paul Russmann, Initiative Ohne Rüstung Leben. „Die Bundesregierung täuscht die Öffentlichkeit, wenn sie vorgibt, den Waffenhandel gesenkt zu haben. De facto wurden Einzel- und Sammelausfuhren im Gesamtwert von 8,34 Milliarden Euro erteilt“, so Christine Hoffmann, pax christi-Generalsekretärin. Die SPD habe vor der Bundestagswahl eine Wende beim Waffenhandel versprochen. Hoffmann fordert Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel in einer Pressemitteilung auf, dieses Versprechen einzulösen.



Drohnen in Stuttgart

In Stuttgart-Möhringen arbeiten 1.500 Mitarbeiter auf dem Gelände des Africom-Kommandos.

Africom ist, gemessen an den Ausgaben für die US-Regionalkommandos, das zweitwichtigste Oberkommando der Vereinigten Staaten von Amerika. Die Autoren Christian Fuchs und John Goetz decken beunruhigende Zustände auf: Von Stuttgart aus befehligt die US-Armee Drohneinsätze in Afrika und dem Nahen Osten, um mutmaßliche Terroristen zu töten. Spannend, kenntnisreich und detailliert beschreiben die Autoren, wie eng Deutschland, nicht nur in Stuttgart, mit dem US-Sicherheitssystem verbunden ist. Christian Fuchs und John Goetz: „Geheimer Krieg“. Wie von Deutschland aus der Kampf gegen den Terror gesteuert wird. Rowohlt Verlag, Reinbek, 2014.

Zitat eines Drohnenpiloten

„In den mehr als tausend Drohneinsätzen, die ich geflogen habe, gab es kein einziges Mal, wo wir zum Schichtbeginn nicht in Ramstein angerufen haben (...) Und Africom ist eben für Afrika zuständig. Es würde der militärischen Logik widersprechen, wenn die Befehle für Abschüsse in Afrika nicht vom Oberkommando für Afrika, also aus Stuttgart, kommen.“

Brandon Bryant, ehemaliger Drohnenpilot der US-Luftwaffe. (Aus: Süddeutsche Zeitung, 4. April 2014)

Man soll sie zerschmeißen, würgen, stechen

Es ist noch nicht lange her, da segneten Geistliche Bomben. Nun denken die Kirchen über ihr Verhältnis zur Rüstungspolitik nach

In einem Kirchenlied wird Gott mit einer „festen Burg, guter Wehr und Waffen“ verglichen. Martin Luther schreibt in seinem 1525 verfassten Traktat „Wider die mörderischen und räuberischen Rotten der Bauern“: „Man soll sie zerschmeißen, würgen, stechen, heimlich und öffentlich, wer da kann, wie man einen tollen Hund erschlagen muss.“ Denken wir an die Kreuzzüge oder an die „Kriegspredigten“, mit denen junge Männer für die beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts „geistlich zugestüstet“ werden sollten. In unseren Kirchen finden wir Gedenktafeln für die „Gefallenen der Weltkriege“, gern mit einem Bibelzitat aus dem Johannesevangelium ange-reichert: „Niemand hat größere Liebe als die, dass er sein Leben lässt für seine Freunde.“ (Joh 15,13)

Die Geschichte von Kirche und militärischer Gewalt reicht lang in die Vergangenheit zurück. Sie offenbart eine schwere historische Schuld unserer Volkskirchen. Verständlich wird das nur, wenn wir das 4. Jahrhundert betrachten, in dem der römische Kaiser Konstantin und seine Regierung sowie christliche Theologen das Christentum von einer verfolgten Minderheiten-Religion zur imperialen Staatsreligion umbauten. So wurde die „Ehe von Thron und Altar“ (und damit auch die Ehe von Kirche und Militär) für über 1600 Jahre in der europäischen Geschichte und unserem kollektiven Gedächtnis verankert. Das Christentum bekam einen anerkannten Status in der Gesellschaft, gepaart mit Macht und Privilegien und nicht selten auch mit materiellen Vorteilen. Folgerichtig wurde in einem der zentralen Bekenntnisse der Reformation, dem Augsburger Bekenntnis von 1530, die Lehre vom „Gerechten Krieg“ aufgenommen. Dieses Bekenntnis ist bis heute für alle lutherischen Kirchen verbindlich. So ist erklärlich, warum die beiden deutschen Volkskirchen mehrheitlich die beiden Weltkriege gutgeheißen haben.

Freilich hat auch in anderen Teilen der Welt dieses Herrschafts-Christentum seine Spuren hinterlassen. Die enge Verbindung von christlicher Mission mit der Unterwerfung der Kolonien seit dem 15. Jahrhundert ist dafür ein beredtes Beispiel. Die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki wurden von einem christlichen Prediger gesegnet und eines der größten Atom-U-Boote der US-Marine

während des Kalten Krieges trug den Namen „Corpus Christi“. Der Baptistenprediger Billy Graham befeuerte mit seinen Hasspredigten den Krieg der USA gegen Vietnam in den 1960er Jahren. Christliche Würdenträger standen an der Seite nahezu aller Militärdiktaturen des 20. Jahrhunderts. Gott sei Dank gab es stets auch christlich begründete Gegenpositionen (von Franz v. Assisi über Martin Luther King bis Dorothee Sölle), aber diese befanden sich immer in einer Minderheitenposition. Zurück in die Heimat: Die „Deutschen Christen“ (eine nationalistische und antisemitische Mehrheitsbewegung im deutschen Protestantismus von 1932 bis 1945) haben das Nazi-Regime mitgetragen. Bei der Wiederbewaffnung Deutschlands im Jahr 1955 kam es nicht zu energischem Protest der Kirchen – sondern zur Gründung der Militärseelsorge. Beides wurde allerdings von Anfang an sehr kontrovers diskutiert. So erklärte der Theologe Hans Joachim Iwand in einem Referat bei der ersten Tagung der Christlichen Friedenskonferenz (CFK) in Prag 1958: „Mir ist meist erst unter Hitler aufgegangen, dass man dieses blutige Handwerk nicht mitmachen darf. Und man darf auch die Vorbereitung zu diesem blutigen Handwerk nicht mehr rechtfertigen. An der Christenheit hängt heute ein riesiges Gewicht.“

Immer mehr kritische Stimmen werden laut

Die Militärseelsorge ist strukturell ein Teil der Bundeswehr (nicht der Kirche!) und die Militärpfarrer sind – als von ihrer Kirche ordinierte Geistliche – in die Hierarchie der Bundeswehr eingeordnete Bundesbeamte und unterliegen deren Regeln. Die Kirchensteuern von Soldaten kommen ausschließlich der Militärseelsorge zugute – ein Vorgang, der im kirchlichen Finanzwesen einmalig ist. Es gibt im Bereich der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) über 100 Militärpfarrer, aber nur 20 landeskirchliche Friedensbeauftragte.

Baden-Württemberg ist Standort vieler Rüstungsunternehmen, die ihre tödlichen Produkte in alle Welt liefern. Der jüngste Rüstungsexport-Bericht der Bundesregierung wie auch der entsprechende Bericht der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) zeigen, dass Rüstungsgüter ebenso wie Rüstungsfabriken und Produktionslizenzen auch in Kriegs- und Krisengebiete sowie in Länder mit menschenrechtsverletzenden Regimen verkauft werden. Wir beklagen Kriege, die wir selbst mit unseren Waffen befeuern. Die neuen Sturmgewehre aus Oberndorf sind besonders leicht und werden daher gern als Waffen für Kindersoldaten gekauft. Freilich arbeiten auch in diesen Firmen Mitglieder unserer Kirchen – und

bezahlen einen Teil ihres Einkommens als Kirchensteuer. So profitieren die Kirchen direkt vom Waffenhandel. Die Diözesen und Landeskirchen vertreten hierzu sehr unterschiedliche Positionen und erst in jüngster Zeit werden kritische Stimmen laut. Der Diözesanrat der Diözese Rottenburg-Stuttgart hat vergangenes Jahr beschlossen, Mitträger der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“ zu werden. Die Evangelische Landeskirche in Baden hat nach einem ausführlichen Diskussionspro-

Zu einem Christentum (zurück) zu finden, das jeder Gewalt abschwört und sich dem Frieden (Schalom) und der Gerechtigkeit unbedingt verpflichtet, so wie es Jesus Christus getan hat, das scheint mir eine historische Aufgabe zu sein. Gott sei Dank haben dies die Christinnen und Christen, die bei der 10. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) im vergangenen Herbst in Busan (Südkorea) versammelt waren, erkannt und weltweit zu einem achtjährigen „Pilgerweg der Ge-



Während Martin Luther seine Feinde noch erschlagen wollte, setzt sich die ehemalige EKD-Ratsvorsitzende Margot Käßmann für ein Ende der Waffenexporte ein: „Wir können doch nicht die Kriege beklagen, die wir mit Waffen erst möglich machen.“

zess in den Bezirks- und Landessynoden ein zukunftsweisendes friedensethisches Papier beschlossen, das alle Teile der Kirche zu konkreten Schritten für den Frieden auffordert, wie etwa die Förderung der Friedensdienste im In- und Ausland, eine öko-faire Beschaffung oder auf politischer Ebene zu fordern, mittelfristig den Export von Kriegswaffen einzustellen.

Die Evangelische Landeskirche in Württemberg hat im Nachgang zur ökumenischen Friedenskonferenz in Jamaika (2011) im Jahr 2012 eine „Kommission zur Rüstungskonversion“ einberufen. Die Idee ist, nicht nur über Abschaffung oder Verbot von Waffenexport zu sprechen, sondern über die Umstellung jener Unternehmen auf zivile Produktion, nicht zuletzt um Arbeitsplätze zu erhalten. Im Mai fand die gut besuchte Tagung in Bad Boll „Kirche und Rüstung“ statt. Daraus wird derzeit eine Beschlussvorlage für die Kirchenleitung erarbeitet.

rechtigkeit und des Friedens“ aufgerufen. Die konkreten Schritte dazu können nur an konkreten Orten gefunden und gegangen werden – ob in der Kinder- und Jugendarbeit, bei Familienfreizeiten oder in Aktionsgruppen, im Kirchengemeinderat, in Gottesdiensten und Synoden oder in Gesprächen mit Verantwortlichen aus Wirtschaft, Politik und Medien. Eine aktuelle wissenschaftliche Studie aus den USA zeigt: Gewaltfreie Interventionen sind beinahe doppelt so erfolgreich wie militärische. Es gibt also neben den ethischen auch (im weitesten Sinne) ökonomische Gründe, sich von der Logik des Militärischen zu verabschieden. Je eher wir das tun, umso mehr Menschenleben werden gerettet.



■ Reinhard Hauff, Pfarrer in Heiningen bei Göppingen.

Brauchen wir das Militär?

Frieden wünscht sich jeder. Umstritten ist, ob wir dafür das Militär benötigen. Zwei Meinungen

PRO Militärische Fähigkeiten sind eine Versicherungspolice

Von vielen wird Deutschland als „Zivilmacht“ gesehen. Doch bedürfen in der realen heutigen Welt Politik und Diplomatie wie auch Bestrebungen der Konfliktprävention immer noch eines „militärischen Rückgrats“. Und wengleich der alte Slogan „Frieden schaffen ohne Waffen“ ein schöner Wunschtraum ist, kann man sich doch Wehrlosigkeit als sicherheitspolitisches Konzept schwer vorstellen. In der Konsequenz braucht auch Deutschland Streitkräfte mit moderner Bewaffnung und eine leistungsfähige Rüstungsindustrie.

Ein solches Postulat bedarf vertiefter Einsicht in die Rolle des Militärischen im staatlichen und internationalen Handeln. Dazu die folgenden Überlegungen. In „postheroischen“ Gesellschaften (Herfried Münkler), zumal der deutschen, ist erfreulicherweise jede Kriegslüsterheit verschwunden. Aber die Bereitschaft, für Frieden, Freiheit und äußere Sicherheit Anstrengungen zu unternehmen und Opfer zu bringen, ist ebenfalls schwach ausgeprägt, auch angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise. Ein Autor bescheinigte den Deutschen „sicherheitspolitischen Analphabetismus“. Beigetragen haben dazu neben historisch bedingter Kriegsaversion die Sorge der politischen Führung, bei der öffentlichen Meinung anzuecken sowie jahrelange Ehrlichkeitsdefizite und Vermeidungsrhetorik hinsichtlich des Afghanistaneinsatzes.

Zwar steht eine gewisse „Kultur militärischer Zurückhaltung“ Deutschland wohl an, nie wird es so interventionistisch sein wie die USA, Großbritannien und Frankreich. Und für kein sicherheitspolitisches Problem gibt es heute eine militärische „Lösung“.

Andererseits scheinen manche Verfechter „politischer Lösungen“ jeglichen militärischen Beitrag zur Unterstützung politischer Ziele

auszuschließen. Zumindest gegenüber bestimmten Akteuren schwächt das Politik und Diplomatie. Einsatz militärischer Gewalt als „ultima ratio“ bedeutet nicht „letztes“ Mittel (nach Versagen aller anderen), sondern „äußerstes“ Mittel. Dessen frühzeitige, dosierte Anwendung bzw. glaubwürdige Demonstration kann bisweilen Schlimmeres verhindern. Auf dem Westbalkan hätte 1991 Milosevic mit sehr begrenztem militärischem Einsatz oder auch nur dessen entschlossener Androhung Einhalt geboten werden können. Stattdessen wurde er in der Sicherheit gewiegt, militärisch habe er nichts zu befürchten. Vier Jahre später musste doch interveniert werden, um einen viel höheren Preis, und Hunderttausende hatten inzwischen Leben oder Heimat verloren.

Auch Nichthandeln kann schuldig machen

Gewiss sind militärische Interventionen problematisch, aus Afghanistan, Irak, Libyen müssen Lehren gezogen werden bezüglich Legitimation, Aussichten und gemachten Fehlern. Regimewechsel, Demokratie ist kein Exportartikel. Und noch stets sind die Anforderungen der Wiederaufbauphase nach Interventionen hinsichtlich Aufwand, Zeit, Kräften und Kosten unterschätzt worden. Aber die jüngste Geschichte kennt auch versäumte Interventionen, Nichthandeln kann ebenfalls schuldig machen. Die von den Vereinten Nationen proklamierte „Schutzverantwortung“, im Fall Libyen erstmals Grundlage einer Resolution des VN-Sicherheitsrats, ist zwar ebenfalls problembehaftet, aber prinzipiell bedeutet sie völkerrechtlichen Fortschritt. Mit welcher Mischung aus politischen und militärischen Mitteln sie künftig zu implementieren ist, bedarf gründlicher konzeptueller Debatte.

In den letzten Jahren ist in der deutschen Außenpolitik die erwähnte „Kultur militärischer Zurückhaltung“ überstrapaziert worden und

erscheint unseren Verbündeten mittlerweile als Ausflucht. Aber eine „Kultur des Heraushaltens“ kann Deutschland sich nicht erlauben. Denn es gibt eine deutsche Mitverantwortung für europäische und globale sicherheitspolitische Angelegenheiten, und sie muss erklärt werden. Dem hat sich der Bundespräsident jüngst mehrmals in eindrucksvoller Weise gewidmet. Entgegen der fast reflexhaften Interpretation durch Kritiker hat er dabei nicht einer Militarisierung der deutschen Außenpolitik das Wort geredet. Aber militärische Beiträge Deutschlands dürfen auch nicht ausgeschlossen werden. Und da muss die Gesellschaft eine Vorstellung davon haben, was es bedeutet, um ihres Schutzes oder ihrer Interessen willen Soldaten in den Einsatz zu schicken. Noch schwieriger ist zu verdeutlichen, dass auch heute „Schutz Deutschlands und seiner Bürgerinnen und Bürger“ (früher „Landesverteidigung“) erforderlich ist, selbst wenn Deutschland nun von Freunden und Partnern umgeben ist - was nicht für die NATO als Ganzes gilt. Die aggressive revisionistische Politik Russlands gegenüber der Ukraine mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim ist ein Weckruf.

Militärische Fähigkeiten und NATO-Mitgliedschaft sind eine Versicherungspolice, die das Aufkommen neuer Bedrohungen sogar vorsorglich verhindern kann. Und die von Deutschland jahrzehntelang in Anspruch genommene Solidarität der Alliierten mag in einem Fall der Bündnisverteidigung auch von uns einmal eingefordert werden. Zugleich trägt das Land in der Mitte Europas eine besondere Verantwortung für die „Grundstabilität“ des Kontinents - hinsichtlich kooperativer Sicherheitspolitik und militärischer Fähigkeiten.

Aus all diesen Gründen braucht unser Land flexibel einsetzbare, gut ausgebildete und modern ausgerüstete Streitkräfte. Das bedingt eine qualifizierte Rüstungsindustrie (die zunehmend mit den Industrien verbündeter Länder kooperieren sollte)

■ Rüstung

einschließlich der Beteiligung an neuen Entwicklungen wie den zurzeit kontrovers diskutierten unbemannten Flugkörpern (als Aufklärungs- oder auch Kampfdrohnen).

■ Brigadegeneral a. D. Dr. Klaus Wittmann ist Senior Fellow beim Aspen Institute Deutschland und Lehrbeauftragter an der Universität Potsdam. Als Mitglied der Kammer für Öffentliche Verantwortung war er beteiligt an der Erarbeitung der Friedensdenkschrift des Rates der EKD von 2007.



Dr. Klaus Wittmann

Prof. Dr. Andreas Buro



CONTRA

Probleme können mit zivilen Mitteln gelöst werden – in der EU ist dies Alltag

Brauchen wir das Militär? Eindeutig nicht! Das Militär und die militärgestützte Politik der Machteliten stehen für die größten Verbrechen in der Geschichte der Menschheit. Wenn jemand sechs oder acht Menschen umbringt, nennt man ihn einen

Massenmörder. Wie nennt man jene, die Millionen Menschen umbringen lassen? Wo ist der Beitrag des Militärs für Frieden und Sicherheit? Ich sehe ihn nicht!

Gerade durch das Militär werden Frieden und Sicherheit in Frage gestellt. Die Bereitschaft, Konflikte militärisch gewaltsam auszutragen, hat uns und anderen Völkern nur Katastrophen eingebracht: Der Erste und der Zweite Weltkrieg, die Stellvertreterkriege während des West-Ost-Konflikts und die Angriffskriege der USA in Asien.

In den vergangenen hundert Jahren hat das Militär die Fähigkeit erlangt, die ganze Menschheit auszulöschen. Damit wird ein Risiko eingegangen, das durch kein Ziel zu rechtfertigen ist. Dies steht im krassen Widerspruch zu allen christlichen Werten, die auch in den militärischen Zeremonien immer hoch gehalten werden.

Im Ersten Weltkrieg wurden deutsche und französische Soldaten jeweils unter Berufung auf den christlichen Gott in die Vernichtungsorgien an der Westfront getrieben. In jüngster Zeit werden neben Boden-, Wasser- und Luftkrieg neue Ebenen der Kriegsführung geschaffen: Der Cyber-War und die Kriegsführung aus dem Weltraum. Dazu kommt die Entfaltung des Drohnenkrieges, der die friedenspolitischen Ansätze der Vereinten Nationen mit Mordaktionen über alle Grenzen hinweg durchlöchert.

Das klingt wie ein Bedrohungsbeschaffungsprogramm des Militärs und der Rüstungsindustrie, um den Wahnsinn ständiger Aufrüstung zu legitimieren.

Man erinnere sich an die Warnung des US-Präsidenten General Eisenhower vor dem militärisch-industriellen Komplex: „Wir dürfen es nie zulassen, dass die Macht dieser Kombination unsere Freiheiten oder unsere demokratischen Prozesse gefährdet.“ Genau dies jedoch geschieht längst. Das Bundesverfassungsgericht hat beschlossen: auch bewaffnete Einsätze im Inneren stünden mit der Verfassung im Ein-

klang. Rüstungsforschung dringt in die Universitäten vor. Jugendoffiziere indoktrinieren Schülerinnen und Schüler. Die Rüstungslobby kämpft mit allen Mitteln für die Erweiterung der Rüstungsexporte. Die zuständige Ministerin fordert bewaffnete Drohnen für die Bundeswehr. Diese bildet in vielen Ländern Soldaten aus für dortige Kriege.

Das Militär muss seine angedrohten oder ausgeführten Gewaltorgien vor der Gesellschaft legitimieren, um deren Unterstützung zu gewinnen. Dazu wird skrupellos gelogen. US-Präsident Bush und sein Außenminister erfinden Atomwaffen im Irak, um ihren von der Gier nach Öl getriebenen Angriff auf das Land zu starten. Die Minister Scharping und Fischer phantasieren Hufeisenpläne der Serben für den Kosovo und vergleichen die Zustände dort mit Auschwitz. Die Lügengeschichten sind Legion (vgl. „Das Projekt Münchenhausen“: www.aixpaix.de).

Um die Verbrechen im Krieg der Kritik zu entziehen, wird der militärische Ehrenrummel veranstaltet. Diejenigen, die besonders viele Menschen umbringen, werden zu Helden verklärt, wie auch die Soldaten, die selbst Opfer des Krieges werden. Sie haben oft Dinge getan, die nach bürgerlicher Moral strafbar sind. Sie stehen also außerhalb der Moral und werden dafür mit Orden, verstaubten Zeremonien und Lobesreden bedacht. Die ermordeten Zivilisten werden allenfalls als Kollateralschaden erwähnt. Meist werden sie nicht einmal gezählt. Zur Legitimation und zur Verdummung der Bürgerinnen und Bürger dienen auch die Ideologien vom ‚Gerechten Krieg‘, der ‚Humanitären Intervention‘ und der ‚Responsibility to protect‘. Man erinnere sich nur, was daraus im Kampfeinsatz in Libyen geworden ist.

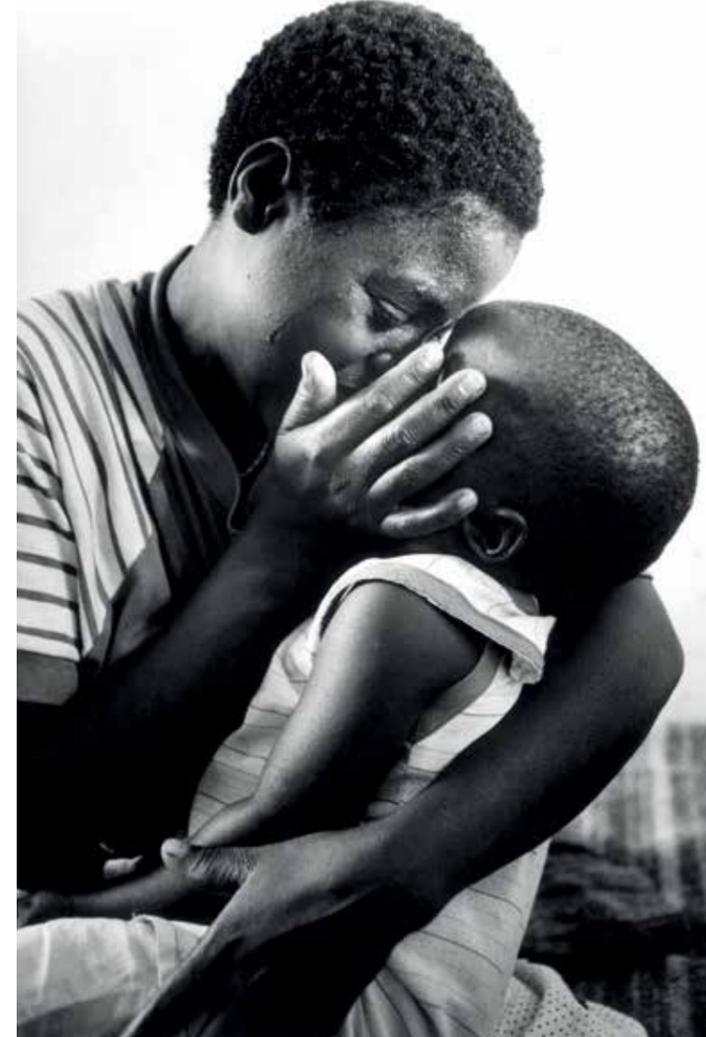
Die Versicherung, militärische Gewalt nur als letztes Mittel einsetzen zu wollen, erfordert, stets besser gerüstet zu sein als potentielle Gegner. Das ‚Letzte Mittel‘ ist also der Persilschein für ständige Aufrüstung. Die Atomwaffenstaaten rüsten deshalb

nicht ab, sondern modernisieren ihre nuklearen Waffen. Obama und Putin lassen grüßen!

Militärisch gestützte Politik benötigt dringend Feinde. Selbstverständlich sind wir die Guten und die anderen die Bösen. An die Nazi-Propaganda von der jüdisch-kommunistischen Weltverschwörung und von dem russischen Untermenschen reihte sich das Feindbild vom aggressiven Kommunismus. Jetzt haben wir die Islam-Anhänger als böse Feinde ausgemacht. Feindbilder bilden die Realität nicht ab. Feindbilder verhindern, die Realität zu erkennen. Dafür mussten die USA in Vietnam, Afghanistan und Irak bezahlen. Militär ist außerdem eine riesige Geldverschwendung. Friedensnobelpreisträger Mahammed el Baradei: „Wenn nur ein Prozent der globalen Rüstungsausgaben für das UN-Ernährungsprogramm ausgegeben würde, bräuchte niemand in der Welt hungrig zu Bett zu gehen.“ Militär und Krieg sind Völkerkrankheiten, die von den Machteliten zu Herrschaftszwecken genutzt werden. Zu lernen ist, die großen Probleme der Gegenwart mit zivilen Mitteln zu bearbeiten. Innerhalb der EU – nicht in ihrer Außenpolitik – ist dies bereits Alltag.

■ Prof. Dr. Andreas Buro, Politikwissenschaftler, erhielt 2008 den Aachener und 2013 den Göttinger Friedenspreis. Er war Mitinitiator und langjähriger Sprecher der Ostermarschbewegung, ist Autor der „Monitoring-Dossiers“, welche Vorschläge zur zivilen Konfliktbearbeitung enthalten, Koordinator des Dialog-Kreises zum türkisch-kurdischen Konflikt, Initiator des Münchenhausen-Projekts, das die Lügen der Herrschenden aufdeckt, und Mitglied im wissenschaftlichen Beirat der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW).

Die Fotos zeigen Bilder der Ausstellung „Frauen im Kreuzfeuer“: junge Kämpferin, Mutter und Kind, Frauen vor Ruinen in Bosnien. Die Ausstellung kann ausgeliehen werden: www.oxfam.de



Ist Ihre Geldanlage bombensicher?



Sind Sie Mitbesitzer eines Panzers?
Nein?
Vielleicht wissen Sie dies nur nicht

Deutsche Banken und Versicherer präsentieren sich gern als Musterschüler in Sachen Menschenrechtsschutz. Die Wirklichkeit sieht jedoch anders aus: Nach aktuellen Recherchen gehören Rüstungskonzerne weiterhin zum Kundenkreis oder Investitionsportfolio der führenden deutschen Banken und Versicherungen.

Im Jahr 2010 offenbarten Rechercheergebnisse, dass Geld von Riester-Sparern bei Streumunitionsherstellern angelegt wurde. In Deutschland ist die Produktion von Streumunition verboten und auch international ist sie inzwischen geächtet, weil es sich um eine besonders perfide Waffe handelt. Etwa 100.000 Opfer hat Streumunition bis heute weltweit gefordert: 98 Prozent der registrierten Opfer sind Zivilisten, 27 Prozent davon Kinder.

Besonders makaber: Die Kunden, die Riester-Verträge in gutem Glauben auf eine solide und nachhaltige private Altersvorsorge abschlossen, hatten keine Ahnung, dass ihr Geld u.a. in Rüstungsunternehmen floss. Und schlimmer noch: Die Bundesregierung unterstützte das Ganze im Rahmen der Riester-Förderung zusätzlich mit Steuergeldern. Die Zeitschrift Finanztest befragte damals ihre Leser. Von den 3.500 Befragten zeigten sich 78 Prozent überrascht, dass so etwas möglich ist – drei Viertel der Befragten sprach sich dafür aus, diese Rüstungsunternehmen sofort aus den Fonds zu entfernen – sogar unter Hinnahme von finanziellen Einbußen. Die Finanzbranche geriet gehörig unter Druck. Und tatsächlich entfernten viele große Banken und Versicherungen in der Folgezeit Streumunitionshersteller aus ihren Fonds.

Doch Streumunition ist nur die Spitze des Eisbergs. Aktuelle Stichprobenerhebungen zu den zehn gängigsten Rentenversicherungen und ihren jeweils vier Top-Fonds zeigen, dass sich in einigen Fondsprodukten noch immer Rüstungskonzerne bzw. Rüstungsexporteure befinden, die in die Herstellung besonders umstrittener Rüstungsgüter

wie Atomraketen oder Drohnen verstrickt sind. Dazu gehören z. B. Unternehmen wie BAE Systems, die Airbus Group (ehemals EADS) oder Honeywell International, die bei anderen institutionellen Anlegern wie z. B. dem Norwegischen Pensionsfonds längst auf der Ausschlussliste stehen.

Deutsche Finanzinstitute gerieten zudem in die Negativschlagzeilen, weil sie Geschäftsbeziehungen zu den führenden Rüstungskonzernen und Exporteuren der Welt unterhalten. Schließlich stellen Unternehmen wie Lockheed Martin, Boeing, Northrop Grumman, BAE Systems oder General Dynamics nicht nur konventionelle Waffen aller Art her, sondern sind auch an der Produktion bzw. Weiterentwicklung von Massenvernichtungswaffen wie Atomwaffen beteiligt. Darüber hinaus beliefern sie die Streitkräfte in den Konfliktregionen dieser Welt wie Afghanistan, Indien sowie die Golfstaaten Irak, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate. Die geringsten Skrupel kennt hier die Deutsche Bank, auf deren Kundenliste alle Top-5-Rüstungskonzerne weltweit stehen.

„Vereinbarungen wie zum Beispiel der Global Compact der Vereinten Nationen umfassen auch die Wahrung der Menschenrechte oder setzen sie als grundlegend voraus. Die Deutsche Bank hat diesem Thema in den letzten Jahren besondere Aufmerksamkeit gewidmet.“

Quelle: Internetseite der Deutschen Bank

Aber auch andere führende Finanzinstitute wie Allianz, Commerzbank, BayernLB, Helaba, KfW oder UnicreditGroup/HypoVereinsbank machen Geschäfte mit besonders strittigen Rüstungskonzernen. Nach einem aktuellen Bericht der Internationalen Kampagne für die Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) investieren diese Finanzhäuser in Atomwaffenhersteller oder stellen diesen Kredite zur Verfügung. Darauf angesprochen, verteidigen Finanzhäuser wie die Deutsche Bank, die UnicreditGroup/HypoVereinsbank oder die Commerzbank ihr Engagement damit, dass sie über interne Richtlinien verfügen, wonach sie keine direkten Transaktionen

im Zusammenhang mit kontroversen Waffen wie z. B. Atomwaffen finanzieren. Sie verschweigen dabei aber ein Schlupfloch in ihren Richtlinien, das ihnen erlaubt, (Misch-)Konzerne weiterhin über die Ausgabe von Aktien oder Anleihen sowie die Vergabe von Unternehmenskrediten zu finanzieren.

Der Versicherungskonzern Allianz verteidigt seine Investitionen in Atomwaffenhersteller bis heute offensiv mit dem Argument, dass Atomwaffen anerkannter Bestandteil des westlichen Verteidigungsbündnisses seien und dass es daher nicht Aufgabe der Wirtschaft sei, gegen Firmen zu intervenieren, die an der Herstellung von Atomwaffen beteiligt sind, solange von Seiten der Politik keine klare Gesetzgebung erfolge.

Das Flaggschiff der deutschen Rüstungsindustrie ist aktuell der Leopard-2-Panzer. Er gilt als „bester“ Panzer der Welt. Nach Informationen des BICC (Bonn International Center for Conversion) ist dieser Panzer speziell ausgerüstet für den Einsatz bei Aufständen auch in städtischen Gebieten. Für die deutsche Rüstungsindustrie – und hier v.a. für die Hauptproduzenten des Panzers, Rheinmetall und Krauss-Maffei – ist der Export des Leopard-2-Panzers ein höchst lukratives Geschäft. Finanzielle Rückendeckung erhält Rheinmetall in Form allgemeiner Unternehmenskredite von Banken wie Deutsche Bank, Commerzbank oder die UnicreditGroup/HypoVereinsbank.

Bankenwechsel jetzt!

Verbraucher müssen noch immer damit rechnen, dass ihr Geld ungefragt in „explosive“ Unternehm(ung)en fließt. Genaues Nachfragen bei der Bank oder Versicherung ist dringend erforderlich, damit die eigenen „Euros“ wirklich garantiert nachhaltig arbeiten. Dass deutsche Bankkunden grundsätzlich wechselwillig sind, zeigen aktuelle Umfragen: 60 Prozent der Deutschen würden ihre Bank wechseln, wenn sie wüssten, dass diese Geschäfte mit Rüstungsunternehmen tätig. Wer auf Nummer sicher gehen will, sollte sein Geld bei den sogenannten Alternativbanken anlegen, die klare Ausschlusskriterien für die Rüstungsindustrie (sowie weitere hoch-sensible Sektoren) besitzen und die eigenen Geldanlagen und Kreditvergaben offenlegen.



■ Barbara Happe, Uргewald.
Der Verein beobachtet kritisch die Auswirkungen der Finanzwirtschaft auf Umwelt und Menschenrechte.
www.urgewald.org



Mehr Informationen:

Die Broschüre „Was macht eigentlich mein Geld“ legt offen, wie Banken das ihnen anvertraute Geld verwalten, berichtet über Alternativen und gibt Tipps, wie eine kritische Nachfrage gelingen kann.

Bestellen: Tel. 0 25 83-10 31, agnes@urgewald.org
www.urgewald.org/kampagne/was-macht-eigentlich-mein-geld

Banken, die ihre Geschäfte offenlegen:
EthikBank, GLS Bank, Triodos Bank, UmweltBank, Oikocredit.



Gestern wie heute unterhalten Banken und Versicherungen Geschäftsbeziehungen zu Rüstungsunternehmen. Über die Schrecken des Krieges informiert die Ausstellung „1914 – 1918. Der Erste Weltkrieg“ noch bis 30. November im Deutschen Historischen Museum Berlin.
Unsere Fotos: Gasmaske und Feldkiste.

So zaubern Blüten ein Lächeln

Die Menschen in Deutschland lieben Blumen. Sie kaufen mehr Rosen, Geranien und andere Zierpflanzen als ihre europäischen Nachbarn. Was beim Einkauf zu beachten ist

Herrlich bunte Blumenrabatten, duftende Gartenoasen, phantasievolle Stadtbegrünungen: Was einst den Engländern vorbehalten war, haben nun auch die Deutschen für sich entdeckt. Hierzulande legen immer mehr Menschen Wert auf schöne Gärten und stilvolle Grünanlagen.

chen Blumenschmuck, beschenken Jubilare mit Blumensträußen und bepflanzen Grünanlagen, Gärten und Friedhöfe. Nur jede fünfte Blüte stammt allerdings aus heimischer Produktion.

Wie diese Schönheiten heranwachsen und welche Auswirkungen die Produktionsbedingungen auf Mensch und Umwelt haben, ist ihnen nicht anzusehen. Viele Schnittblumen haben eine weite Reise hinter sich. Über den Umweg Holland kommt jede dritte (importierte) Schnittblume, vor allem Rosen, aus Ländern entlang des Äquators wie Kolumbien, Ecuador, Kenia und Äthiopien nach Deutschland. Auch Stecklinge, z. B. von den geliebten

Die Arbeitsbedingungen sind in den Ländern des Südens meist katastrophal. Es kommen kaum Arbeitsschutzmaßnahmen zum Tragen: Die Arbeiterinnen sind den Pestiziden schutzlos ausgesetzt, sie haben keine Arbeitsverträge, werden schlecht bezahlt und sind sexuellen Übergriffen der Vorarbeiter ausgesetzt. Das Trinkwasser wird vergiftet und durch den enormen Wasserverbrauch sinkt der Grundwasserspiegel. Der Naivasha-See in Kenia droht auszutrocknen. Hier sind Blumenfarmen mit etwa 2.000 ha Fläche entstanden. Überall auf der Welt werden die Blumen und Zierpflanzen mit Pestiziden und chemischen Wachsthemmstoffen behandelt. So wachsen makellose, kompakte Pflanzen heran. Für Blu-

krank geworden sind und unter Allergien leiden. Ein weiteres Problem ist der Torfverbrauch: Jedes Jahr werden in Deutschland zehn Millionen Kubikmeter Torf verarbeitet, meist in Blumenerden. Dafür werden schützenswerte Moore vor allem in Norddeutschland, in den baltischen Staaten und in Russland zerstört. Eine Torfschicht von einem Meter braucht 1.000 Jahre um wieder nachzuwachsen.

Doch es gibt Alternativen. Die Regionalmarke „Ich bin von hier“, die von der Vereinigung Deutscher Blumenmärkte (VDB) entwickelt wurde, startete Anfang 2013. Die Stadt Stuttgart warb im Oktober 2013 anlässlich ihrer Fairtrade-Town-

reien angeboten, die jeweils in einem Umkreis von 100 Kilometern ihre Blumen und Pflanzen produzieren. Die Jungpflanzen müssen zwei Drittel der Gesamtkulturzeit in dieser Region aufgezogen worden sein. Die Stecklinge können also aus einer anderen Weltgegend stammen. Die Förderung der heimischen Wirtschaft und die kurzen Wege sind die Pluspunkte dieser Marke. Immer beliebter werden auch Bio-Blumen. „Die isst man doch nicht“, wunderten sich die Konsumenten einst. Doch mittlerweile sind die Vorzüge dieser Pflanzen anerkannt: Die Stauden, Schnittblumen und Topfpflanzen werden ohne Herbizide, chemische Pflanzenschutzmittel und Wachsthemmstoffe produziert.

Sie produzieren nach EU-Bio-Verordnung oder sind Mitglied in bekannten Bio-Anbauverbänden wie Bioland, Demeter oder Naturland. Bio-Samen und -Stecklinge sind nicht immer für alle Sorten verfügbar. Die Gärtner können in diesem Fall auf konventionelle Anbieter ausweichen, wenn die Samen nicht gebeizt oder gentechnisch verändert sind. Bio-Zierpflanzen werden z. B. über die Bio-Gärtnereien direkt, über den Naturkosthandel und über Gartenfachmärkte vertrieben. Einen langen Weg haben Blumen aus Fairem Handel hinter sich. Sie kommen meist aus den Ländern unweit des Äquators. Ökologisch scheint das wenig Sinn zu machen. Studien haben jedoch ergeben, dass durch



In den Wintermonaten kommen Rosen aus südlichen Ländern nach Deutschland.



Beim Kauf sollte auf faire Handelsbedingungen geachtet werden.

Dafür sind sie bereit, tief in die Tasche zu greifen. Durchschnittlich gibt jeder Einwohner im Jahr rund 100 Euro für Pflanzen und Ziersträucher sowie 40 Euro für Schnittblumen aus. Auch die Kommunen und Kircheneinrichtungen brau-

Geranien und von Weihnachtssterne - die übrigens aus Mexiko stammen - werden im Süden vorproduziert. Pflanzenteile und Stecklinge im Wert von etwa sieben Millionen Euro wurden 2010 aus Mittelamerika nach Deutschland eingeführt.

men und Zierpflanzen gibt es keine gesetzlichen Schadstoffgrenzwerte, denn Sie werden ja nicht gegessen. Nicht nur die Umwelt, auch die Floristinnen bekommen dies zu spüren. Viele können ihren Beruf nicht mehr ausüben, weil sie von ihrer Arbeit

Auszeichnung mit den regionalen Pflanzen, die die Stadt im Blumen Großmarkt einkauft. In Märkten in Karlsruhe, Stuttgart, Mannheim und Reutlingen werden unter dieser eingetragenen Marke Blumen und Pflanzen von heimischen Gärtnere-

Chemische Düngemittel sind verboten, ebenso die Anwendung von Gentechnik. Die Verwendung von Torf wird beschränkt. In Deutschland sind etwa 100 Gärtnereien und Baumschulen in der Anbaugemeinschaft Bio-Zierpflanzen organisiert.

beheizte und beleuchtete Gewächshäuser in Europa deutlich mehr Energie verbraucht wird als für die Produktion im Süden einschließlich des Transports mit dem Flugzeug. Damit Rosen gut gedeihen, brauchen sie Temperaturen von maximal 28°C



Zierpflanzen aus Bio-Anbau.



Blumenstand von „Ich bin von hier“.



Auch Blumen sollten überlegt eingekauft werden.

am Tag, nachts darf das Quecksilber nicht unter 15 °C fallen. Zehn Stunden Sonnenlicht sind optimal.

In Deutschland sind die fair gehandelten Rosen ein Erfolgsmodell. Letztes Jahr wurden rund 300 Millionen Stiele verkauft. Damit haben sie einen Marktanteil von über 22 Prozent erreicht. Vor allem die Blumenarbeiterinnen profitieren vom Modell des Fairen Handels. Sie können sich in Gewerkschaften organisieren, es gibt geregelte Arbeitszeiten, Maßnahmen zum Gesundheitsschutz werden ergriffen. Die Verwendung von Agro-Chemikalien wird reduziert und verbotene Pestizide dürfen nicht eingesetzt werden. In den Farmen wird ein Wassermanagementsystem implementiert, z. B. wird durch Tröpfchenbewässerung Frischwasser eingespart. Mit Hilfe der Fairtrade-Prämie - die 10 Prozent des Ausfuhrpreises entspricht - werden soziale Projekte für die Gemeinschaft finanziert.

Sowohl die Umwelt als auch die Menschen, die mit den Pflanzen arbeiten, sollten beim Blumenkauf im Blick behalten werden. Deshalb: Achten Sie auf das EU-Bio-Label oder das Bioland-, Demeter- oder Naturland-Zertifikat. Kaufen Sie Blumen aus der Region. Und wenn es keine Freilandblumen vor der Haustüre mehr gibt, dann sind Fairtrade-Rosen, -Nelken oder -Lilien eine gute Wahl.

■ Uta Umpfenbach, Projektreferentin für nachhaltige Beschaffung beim Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg, DEAB.



Ökologische und faire Blumen gesucht?

Unter www.bio-zierpflanzen.de sind Geschäfte zu finden, die Bio-Blumen und -Pflanzen anbieten. Die Webseite gibt wertvolle Tipps zur nachhaltigen Düngung und Pflanzenpflege. Anbieter fair gehandelter Blumen sind zu finden unter: www.fairtrade-deutschland.de

Karlsruhe, eine bunte Stadt

Mitten in Karlsruhe, zwischen Bahnhof und Schloss, befindet sich eine grüne Oase: der Zoologische Stadtgarten. Seine Bepflanzung entwerfen die Mitarbeiter des Gartenbauamts am PC. Die Jungpflanzen – zweimal ca. 280.000 Stück für Sommer- und Winterflor - werden in der eigenen Gärtnerei gezogen. Für die Anzucht aus Sämereien in kleinen Töpfen kommen noch torfhaltige Präparate zum Einsatz, ansonsten werden größere Erden nach eigener Rezeptur ohne Torf gemischt. Nur wenige Kommunen können sich heute eine eigene Gärtnerei leisten. Damit diese in Karlsruhe wirtschaftlich arbeiten kann, beziehen alle Ämter und Dienststellen der Stadtverwaltung ihre Pflanzen und Schnittblumen über das Gartenbauamt. Durch die eigene Kultur von Schnittpflanzen müssen immer weniger Blumen zugekauft werden. Karlsruhe ist seit 2010 Fairtrade-Town. Dementsprechend werden auch Fairtrade-Rosen, vor allem im Winter, eingekauft.

Tipp: Ein Kurzvortrag über die Beschaffung von Blumen und Pflanzen in Karlsruhe ist Teil des Seminars „MauerBlümchen? Natursteine, Blumen & Pflanzen nachhaltig beschaffen!“, das am 2. Oktober in Schwäbisch Gmünd stattfindet. www.deab.de

Charmant und gepflegt in den Herbst

Mit exotischem Parfüm, natürlichen Kosmetika und einem leichten Sonnenschutz geht es gut gerüstet in den Herbst. Den besonderen Charme verleihen schöne Accessoires



Ohringe aus Papier

Die wunderschönen Ohringe wurden aus handgeschöpftem Papier in Indien gefertigt. Die Ohrhäkchen sind aus Silber. www.sundara-paper-art.de

Wendetasche

Ein Hauch Exotik: Egal welche Seite gerade bevorzugt wird, die Wendetaschen zeigen stets typische Muster und Drucke der thailändischen Kultur. Die Stoffe stammen von der Bevölkerungsgruppe der „Hill“ und werden auch als Sarong verwendet. www.dwp-rv.de



Kosmetik aus dem Regenwald

Mit seiner unermesslichen Pflanzenvielfalt beherrscht Amazonien kosmetische und medizinische Schätze. Für die naturverbundenen Bewohner sind sie eine wichtige Einnahmequelle. Über den Regenwaldladen kommen die wertvollen Naturprodukte zu uns. Wie beispielsweise das herbfrisch duftende Parfüm, das aus der Cupuaçu-Frucht gewonnen wird oder die sanft pflegende Haarseife. Besonders wertvoll ist das Andiroba-Hautöl: Es pflegt die Haut und entspannt die Muskulatur. Traditionell wird es für die Behandlung von Hautproblemen, Gelenksbeschwerden, Verspannungen, Verstauchungen und zur Vorbeugung von Zellulitis genutzt. www.regenwaldladen.de



Pflege für eine schöne Haut

Heilpflanzen aus aller Welt und faire Herstellungsbedingungen sind die Kennzeichen der Naturkosmetik von BioNaty, die das Fair-Handels-haus El Puente anbietet. Die Produkte tragen das international gültige Gütezeichen für Naturkosmetik „NATRUE“. Es gibt mittlerweile eine Vielzahl dieser fair gehandelten, ansprechenden Pflegeprodukte: Tagescreme und Nachtcreme, Körperbalsam, Duschbad, Deodorant und viele mehr. Ein sinnliches Vergnügen mit Mehrwert. www.el-puente.de



Leichter Sonnenschutz

Die Sonnencreme besitzt den Lichtschutzfaktor 15 und schützt bei leicht sonnigen Tagen. Sie enthält Fairtrade-zertifiziertes Oliven-Öl. www.fairsquared.info



Zahnpflege fürs kleine Gepäck

Toothy Tabs: Zerkauen und mit der nassen Zahnbürste bürsten, fertig! www.lush.de

Fragwürdige Partnerschaft

Wie die Bundesregierung unter dem Etikett der Armutsbekämpfung die Wirtschaftsinteressen von Agrarkonzernen fördert

Seit einigen Jahren setzen reiche Länder, darunter auch Deutschland, verstärkt auf die Kooperation mit Unternehmen, denen sie eine Schlüsselfunktion in der Armuts- und Hungerbekämpfung zuschreiben. Dort, wo sie Kleinbäuerinnen und -bauern dienen und der Umwelt nicht schaden, können diese Partnerschaften öffentliche Investitionen sinnvoll ergänzen. Doch die von der Bundesregierung initiierte German Food Partnership (GFP) sowie die Neue Allianz für Ernährungssicherung, an der Deutschland beteiligt ist, weisen in eine falsche und gefährliche Richtung.

Im Jahr 2012 haben mehr als 30 Unternehmen und Verbände unter der Schirmherrschaft des Entwicklungsministeriums (BMZ) die German Food Partnership (GFP) gegründet. Für die GFP-Projekte sollen insgesamt 80 Millionen Euro bereitgestellt werden: 20 Millionen davon werden vom BMZ, 20 Millionen von der Gates-Stiftung und 40 Millionen von der Wirtschaft in Aussicht gestellt. Die Projektvereinbarungen sind bislang geheim. Die Eigendarstellung verspricht jedoch, Bauern einen besseren Zugang zu Betriebsmitteln, Märkten und Nahrungsmitteln zu ermöglichen und den Hunger zu reduzieren. Prominente Partner sind die mächtigen Chemiekonzerne Bayer, BASF, Syngenta und der Maschinenhersteller AGCO. Alle vier Konzerne verdienen ihr Geld mit der industriellen Landwirtschaft. Gemeinsam erwirtschafteten sie 2013 einen Gewinn nach Steuern von zehn Milliarden Euro. Sie treten für eine „Grüne Revolution“ ein, die auf dem massiven Einsatz von lizenzierten Hochertragssaaten, Pestiziden, synthetischen Düngemitteln und schwerer Agrartechnik beruht.

Die GFP und ihre Projekte wurden ohne Beteiligung von Kleinbäuerinnen und -bauern oder ihrer Organisationen entwickelt. Die Gefahren, die für sie durch die starke Abhängigkeit von Konzernen und ihren Inputs wie Industriesaatgut und Pestiziden bestehen, werden ausgeblendet. Stattdessen hilft die Bundesregierung mit ihren Förderprogrammen Konzernen, sich neue Märkte für Saatgut und Pestizide zu erschließen. Im Mai 2012 wurde von Barack Obama die Neue Allianz für Ernährungssicherung ins Leben gerufen, mit der binnen zehn Jahren

50 Millionen Menschen aus der Armut befreit werden sollen. Beteiligt sind die G8-Staaten, über 100 Unternehmen und bislang zehn afrikanische Staaten. In Kooperationsabkommen verpflichten sich letztere zu politischen Reformen, die vor allem darauf zielen, Rahmenbedingungen zugunsten kommerzieller Investitionen in die Landwirtschaft zu verändern. Im Gegenzug stellen Geberländer finanzielle Entwicklungshilfe und Unternehmen Investitionsvorhaben in Aussicht.

Die Reformen gefährden Kleinbauern

Die Verhandlungen der Kooperationsabkommen wurden im Geheimen durchgeführt, Nichtregierungsorganisationen und Bauernorganisationen waren nicht oder lediglich auf einer Ad-hoc-Basis involviert. Die politische Reformagenda wurde sehr stark von den G8-Ländern bestimmt. Die Reformen stellen eine existenzielle Bedrohung für Kleinbäuerinnen und -bauern dar. Sie sind dem Risiko ausgesetzt, von ihrem Land vertrieben zu werden, weil große Landflächen für Investoren, insbesondere im Rahmen von „Wachstumskorridoren“, ausgewiesen werden. Wachstumskorridore sind Landstriche, die zu Schwerpunktregionen der landwirtschaftlichen Produktion gemacht werden sollen.

Beispielsweise will Tansania Investoren 350.000 Hektar für die großflächige, industrielle Landwirtschaft bereitstellen, Malawi 200.000 Hektar. Zudem nehmen neue Saatgutgesetze Bäuerinnen und Bauern das Recht, Saatgut frei auszutauschen und zu verkaufen, was in Tansania bereits Proteste der Zivilgesellschaft ausgelöst hat.

„Die Bundesregierung bedient mit der GFP unter dem Deckmantel der Hunger- und Armutsbekämpfung einseitig die Wirtschaftsinteressen deutscher und europäischer Agrar- und Ernährungskonzerne wie BASF, Bayer Crop Science oder Syngenta. Diese Initiative hat mit ernstgemeinter Entwicklungszusammenarbeit nichts zu tun.“
Jan Urhahn, Landwirtschaftsexperte, INKOTA.

Die größte Chance, die Produktion von Nahrungsmitteln zu steigern, die Anfälligkeit gegen Krisen zu reduzieren und das Recht auf Nahrung zu gewährleisten, liegt in der Förderung einer nachhaltigen, bäuerlichen Landwirtschaft. Bei der ökologisch und sozial nachhaltigen Neuausrichtung der Landwirtschaft, wie sie vom Weltagrarbericht gefordert wird, kommt der Agrarökologie eine Schlüsselfunktion zu. Methoden wie das System of Rice Intensification (SRI) und die Zaï-Methode zum Aufhalten von Bodenerosion in der Sahelzone bewährten sich in der



Praxis. Agrarökologische Praktiken können die Erträge üblicherweise um 50 bis 100 Prozent steigern.

Beispiel: In Zusammenarbeit mit Bayer und BASF will das Entwicklungsministerium den Anbau von Hybridreis in Asien und Afrika fördern. Bayer Crop Science ist eines der weltweit führenden Saatgut- und Pestizidunternehmen für Hybridreis. Der Nachteil: Das Saatgut muss jedes Jahr neu eingekauft werden, weil sonst die Erträge sinken. So werden Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in die Abhängigkeit von Konzernen getrieben.

Das BMZ hat sich der Umsetzung des Menschenrechts auf Nahrung verschrieben, ein „Primat der Förderung kleinbäuerlicher Landwirtschaft“ festgelegt und den „Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, vor allem von fruchtbaren Böden, von Ökosystemen und Artenvielfalt“ zum „obersten Gebot“ erklärt. Um diesen Grundsätzen gerecht zu werden, sollte die Bundesregierung ihren Ansatz für die neuen großen öffentlich-privaten Partnerschaften mit multinationalen Agrarkonzernen überdenken. Die German Food Partnership sollte beendet werden, da ihr entwicklungspolitischer Mehrwert nicht erkennbar ist und das industrielle Agrarmodell der Agrarkonzerne gefördert wird. Die Neue Allianz für Ernährungssicherung sollte entweder radikal reformiert werden oder die Bundesregierung sollte sich aus ihr zurückziehen. Stattdessen sollte die Bundesregierung gut daran, einen Aktionsplan zur Förderung kleinbäuerlicher Landwirtschaft auf den Weg zu bringen, der sich an Kleinbäuerinnen und -bauern und anderen marginalisierten Gruppen, die unter Hunger leiden, orientiert.

■ David Hachfeld, Oxfam Deutschland

Mitmachen

Die Kampagne „Keine Entwicklungshilfe für Agrarkonzerne“ fordert die Unterstützung einer kleinbäuerlichen Landwirtschaft statt der Förderung von Konzernen wie Bayer, BASF und Monsanto. Informationen und Mitmachmöglichkeiten: www.oxfam.de/agrarkonzerne

Nur eine kleinbäuerliche Landwirtschaft kann die Welt ernähren. Hilfsorganisationen wie Brot für die Welt unterstützen Kleinbauern seit langem erfolgreich. Die industrielle Landwirtschaft führt dagegen zu Abhängigkeiten der Bauern und auf lange Sicht zu einer schlechteren Ernährungssituation. Dagegen protestieren Engagierte von Oxfam sowie anderer Organisationen.

Meilenstein der Entwicklungspolitik

Auf zu neuen Ufern: Die entwicklungspolitische Arbeit der Zivilgesellschaft konnte im vergangenen Jahr kräftig vorangebracht werden. Über die Mitgliederversammlung des DEAB

„Das vergangene Jahr war ein Jahr des Aufbruchs.“ So das Fazit von Uwe Kleinert, Vorstand des Dachverbands Entwicklungspolitik Baden-Württemberg, DEAB, auf der Mitgliederversammlung im Mai. „Dank der guten Zusammenarbeit mit der Landesregierung sowie der neuen Entwicklungspolitischen Leitlinien war es möglich, neue Handlungsfelder zu erschließen“, erläuterte Kleinert. So startete im April 2013 in Baden-Württemberg das Eine-Welt-PromotorInnenprogramm. „Dieses Programm ist die größte Errungenschaft des vergangenen Jahres“, betonte DEAB-Geschäftsführerin Claudia Duppel. Es unterstütze wirkungsvoll die Arbeit der entwicklungspolitisch engagierten Organisationen und Initiativen in Baden-Württemberg. 19 Fachfrauen und -männer stünden den meist ehrenamtlich Aktiven als

Ansprechpartner rund um entwicklungspolitische Fragen zur Seite. „Ich erwarte, dass damit die Strukturen der entwicklungspolitischen Arbeit in ganz Baden-Württemberg gestärkt werden.“

Wie breit gefächert die Arbeit des Verbandes ist, machten die Berichte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter deutlich. Allein um den Fairen Handel zu professionalisieren und Weltladen-Teams bzw. Aktionsgruppen zu unterstützen, wurden insgesamt 51 Fachberatungen, 36 Seminare und 21 Vernetzungstreffen durchgeführt. Des Weiteren initiierten sie Informationsveranstaltungen, luden zu Diskussionsrunden, nahmen an Kongressen teil und führten Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Kirche, Wirtschaft, Verbänden und unterschiedlichen Organisationen, um die Ziele des Dachverbandes Realität werden zu lassen: eine nachhaltige Gestaltung der öffentlichen Beschaffung, die Förderung und Verbreitung des Globalen Lernens sowie des Fairen Handels und die Teilhabe von Migrantinnen und Migranten an zivilgesellschaftlichen Prozessen. Ein Highlight des vergangenen Jahres war der Schülerkongress Global Eyes, der im Januar stattfand und von rund 450 Schülerinnen und Schülern besucht wurde. Der Kon-

Neu im Vorstand Susanne Kammer



Meine Begeisterung für die Eine-Welt-Arbeit entdeckte ich während meines Studiums der Politischen Wissenschaft, Philosophie und Soziologie in Heidelberg. In dieser Zeit durfte ich während meiner Tätigkeit beim Eine-Welt-Zentrum Heidelberg e.V. und ehrenamtlich in der Flüchtlingsarbeit viel lernen und wichtige Erfahrungen sammeln. Seit 2011 leite ich die Geschäftsstelle des Eine-Welt-Forums in Mannheim, einem lokalen Netzwerk von derzeit 20 Eine-Welt-Organisationen. Die Schwerpunkte meiner Tätigkeit in Mannheim umfassen die Arbeitsfelder Interkultur, Globales Lernen, Fairer Handel und faire öffentliche Beschaffung. Als neues Vorstandsmitglied des DEAB e. V. möchte ich mich nun mit diesen Themen einbringen und freue mich auf die Zusammenarbeit und das Lernen von und mit meinen erfahrenen Kolleginnen und Kollegen.

Kontakt: info@eine-welt-forum.de
www.eine-welt-forum.de

gress war ein Schritt hin zu dem Ziel des DEAB, das Globale Lernen in Schulen zu verankern. Mit großem Bedauern und dankbar für die gute Zusammenarbeit verabschiedete Claudia Duppel die

langjährige Vorstandsvorsitzende Christa Hess aus ihrem Amt. Sechs Jahre lang vertrat die ehemalige Landwirtin engagiert die Anliegen des DEAB. Als Kennerin Westafrikas und Bildungsreferentin des Landfrauenverbandes setzte sie dabei eigene Akzente. „Gemeinsam haben wir das Profil des DEAB gestärkt“, sagte Christa Hess rückblickend und versprach, weiterhin an der Vision weltweiter Gerechtigkeit mitzuarbeiten. Neu in den DEAB-Vorstand wurde Susanne Kammer gewählt, die sich als Geschäftsführerin des Eine-Welt-Forums Mannheim e.V. seit langem für entwicklungspolitische Themen engagiert. Spannende Diskussionen führten die DEAB-Mitglieder am Nachmittag zum Thema „Spenden – Patenschaften – Partnerschaften“. Die Diskussion machte die unterschiedlichen Positionen zu diesem Themenkomplex deutlich und die Teilnehmenden konnten zahlreiche Anregungen mit nach Hause nehmen. sps

DEAB begrüßt Beschluss der Ministerpräsidenten

Die Ministerpräsidenten der Bundesländer haben die Verantwortung der Länder in der Entwicklungszusammenarbeit mit dem im Juni gefassten Ministerpräsidenten-Beschluss unterstrichen. Im Zuge des Post-2015-Agenda-Prozesses sollen die Millenniumsentwicklungsziele und die Ziele für nachhaltige Entwicklung zusammengeführt werden. Der Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg, DEAB, begrüßt diese erneute Willensbekundung der Länder. Der Beschluss stärke den entwicklungspolitischen Politikbereich, dem auf Länderebene immer noch eine eher untergeordnete Bedeutung zuerkannt werde. Besonders interessant sei der Bezug auf den Prozess der Post-2015-Agenda. Längst gehe es nicht mehr nur darum, Entwicklungshilfe für arme

Länder zu leisten. Im Mittelpunkt stünde vielmehr die Frage nach einem weltweiten Entwicklungsmodell. Wie können die Staaten der Welt zusammenarbeiten, um die ökologische Tragfähigkeit des Planeten zu schützen, Menschenrechte durchzusetzen und Kriege zu verhindern? „Anders als im Beschluss der Ministerpräsidenten, dem es an Konkretisierung fehlt, sind in den Entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes Baden-Württemberg, die unter maßgeblicher Beteiligung der Zivilgesellschaft erarbeitet wurden, wichtige Handlungsfelder bereits benannt. Bei der Umsetzung wünschen wir uns allerdings noch mehr Entschlossenheit der Landesregierung, auch was die Bereitstellung von Mitteln im Landeshaushalt angeht.“, so der DEAB.



Der Vorstand des DEAB blickt zufrieden auf ein erfolgreiches Jahr zurück.

Ernährung sichern.
Mit Ihrer Geldanlage. Ab 200 €.



Oikocredit investiert Ihr Geld dort, wo wirklich Bedarf besteht – zum Beispiel in Fairhandelsgenossenschaften. Ob für Saatgut, Bewässerungsanlagen, Traktoren oder Lagerhallen. Kleinbäuerinnen und Kleinbauern brauchen dringend Kapital für Investitionen.

Investieren auch Sie!

Tel. 0711 12 00 05-0
www.oikocredit.de



Staudengärtnerei Gaißmayer GmbH & Co. KG
Jungviehweide 3 :: 89257 Illertissen :: fon 07303-7258

Immer einen Besuch Wert!



Bioland

Feste, Führungen, Seminare und vieles mehr.

www.staudengaissmayer.de

Termine

Göppingen

Ab 12. September: Ausstellung „Make Chocolate Fair“ im Rathaus Göppingen. www.weltladen-goepplingen.de

Stuttgart

22. bis 27. September: Eröffnungswoche des Weltladens an der Planie. Ort: „Altes Waisenhaus“. www.weltladen.de/stuttgart

Balingen

23. September, 19.30 Uhr: „Mit Geld die Welt fairändern?“ Ev. Gemeindehaus

Weikersheim

26. September, 19.30 Uhr: Mit Geld die Welt fairändern?“ Kath. Gemeindehaus.

Stuttgart

19. bis 20. September: ZEB Perspektivtagung 2014 „Entwicklung neu denken – Handel anders gestalten“. Die große sozial-ökologische Transformation und deren Umsetzung. Ort: Jugendherberge Stuttgart. Information: ZEB, Tel. 07 11–22 93 63-246, www.dimoe.de

Schwäbisch Gmünd

2. Oktober: Tagesseminar auf der Landesgartenschau „MauerBlümchen? Natursteine, Blumen & Pflanzen nachhaltig beschaffen!“ u.umpfenbach@deab.de

Mannheim

7. Oktober, 19.30 Uhr: „Gutes gemeinsam gedeihen lassen – mit sozialen Geldanlagen den Fairen Handel unterstützen“, Ort: Weltladen Mannheim

Filderstadt-Bernhausen

7. Oktober, 18.30 Uhr: Podiumsdiskussion „Der Faire Handel – alles nur heiße Luft?“. Ort: Bürgerzentrum Bernhausen. www.faires-filderstadt.de

Göppingen

8. Oktober, 19.30 Uhr: Vortrag „Was macht meine Pensionskasse in Lateinamerika?“. Ort: Globales Klassenzimmer. www.weltladen-goepplingen.de

Gammertingen

11. Oktober, 10 Uhr: Tagung „We shall overcome!“ Gewaltfrei aktiv für die Vision einer Welt ohne Gewalt und Unrecht. Ort: Ev. Gemeindehaus. Am 12. Oktober: geführte Wanderung. Anmeldeschluss: 27. September. info@lebenshaus-alb.de www.lebenshaus-alb.de

Stuttgart

16. Oktober, 19 Uhr: Vortrag: Kleinbäuerinnen, Krisen und Kredite, mit Mariam Dao Gabala, Oikocredit-Repräsentantin Westafrika, Ort: Hospitalhof.

Heimsheim

17. Oktober, 19 Uhr: Wie funktioniert Faires Banking – soziale Geldanlagen in der Praxis. Ort: Stadtbücherei.

Schwäbisch Hall

18. Oktober: „Schwäbisch Hall Eine-Welt-Tag“ Ort: Alter Bahnhof. heide.oechslen@afroprojects.org

Karlsruhe

21. Oktober, 19.30 Uhr: „Mit Geld die Welt fairändern? Ethische Geldanlagen mit mehr Wert“ im Weltladen Karlsruhe.

Stuttgart

22. Oktober ab 11 Uhr: Eröffnung des Welthaus. www.welthaus-stuttgart.de

Rottweil

23. Oktober, 19.30 Uhr: „Mit Geld die Welt fairändern? Ethische Geldanlagen mit mehr Wert“. Ort: Kutschenhaus.

Mannheim

8. November, 10 Uhr: Konferenz „Vielfalt und Engagement“, landesweiter Erfahrungsaustausch entwicklungspolitisch engagierter Migranten in Anwesenheit

Theater macht Entwicklung

Das Geisterhaus

Theaterstück nach dem Roman von Isabel Allende. Premiere am 26. September im Theater Konstanz: www.theaterkonstanz.de

Ich kenne einen Jungen in Afrika

Geschichte über einen Jungen, der die Verantwortung für die Familie übernehmen muss. Für Kinder von 7–14 Jahre.

Kornwestheim: 12. Oktober
Reutlingen: 19., 20., 21. Oktober
Ravensburg: 27. Oktober
Karlsruhe: 30. November
Theater Patati Patata: www.theaterpatati.de

Anders als du glaubst

Theaterstück über Juden, Muslime, Christen und den Riss durch die Welt.

Rottweil: 6. November
Metzingen: 16. November
Berliner Compagnie: www.berlinercompagnie.de

von Minister Peter Friedrich. Isabelle François, www.eine-welt-forum.de

Bretzfeld-Rappach

13. November, 19.30 Uhr: Gutes gemeinsam gedeihen lassen. Ev. Gemeindehaus

Stuttgart

15. November: Südafrika Partnerschafts-seminar: „Kirche und Landreform: 20 Jahre Demokratie in Südafrika“. Ort: Vogelsangstr. 66A. www.ems-online.org

Stuttgart

21. November, 10 bis 17 Uhr: Konferenz Fairtrade Towns – Kommunen fairwandeln. Ort: Bürgerhaus West. Kontakt: Birgit Lieber, b.lieber@deab.de, Tel. 06 21–1 78 95 99 oder Tel. 06 21–12 80 58 05.

Aktuelles

Zukunftscharta

„Eine Welt – unsere Verantwortung“
Noch bis 9. September läuft der Dialogprozess zur Erstellung einer „Zukunftscharta“. Sie soll die Basis bilden zur Entwicklung einer Agenda für nachhaltige Entwicklung, die auf die Millennium-Entwicklungsziele folgt. Wer mitmacht, erhält eine Einladung zur Abschlussveranstaltung der Zukunftscharta am 24. November 2014 in Berlin, wo Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller das Ergebnis des Dialogprozesses an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel überreichen wird. Damit fällt gleichzeitig der Startschuss für die Umsetzung der Charta. www.zukunftscharta.de

Wettbewerb für Kirchengemeinden

Der Startschuss für den Wettbewerb „Kirchengemeinde! Nachhaltig handeln – Schöpfung bewahren“ ist gefallen. Kirchen- und Pfarrgemeinden sowie Seelsorgeeinheiten sind aufgerufen, bis 13. Februar 2015 ein Nachhaltigkeitsprojekt zu initiieren. Dies kann beispielsweise die Gründung eines Second-Hand-Ladens sein oder der Beschluss, künftig nur noch öko-faire Produkte bei Gemeindefesten einzukaufen. Auf die glücklichen Gewinner warten 35 Förderpreise mit einer Gesamtsumme von 78.000 Euro. Die Preisverleihung findet während des deutschen Evangelischen Kirchentages in Stuttgart vom 3. bis 7. Juni 2015 statt. Das Konzept für das neue nachhaltige Projekt soll soziale, ökologische oder ökonomische Aspekte berücksichtigen und viele Gemeindeglieder einbinden. Es darf noch nicht begonnen haben. Träger des Wettbewerbs, der im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Baden-Württemberg ausgeschrieben wird, sind neben dem Umweltministerium die großen christlichen Kirchen im Land. www.nachhaltigkeitsstrategie.de

Stuttgarter Friedenspreis

Der Friedenspreis 2014 der AnStifter geht in diesem Jahr an Edward Joseph Snowden.

TTIP: Europäische Initiative gebildet

Mitte Juli hat die 47. Europäische Bürgerinitiative (EBI) ihren Antrag auf Registrierung bei der Europäischen Kommission gestellt. Ihr Ziel ist es, das Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaftsabkommen (TTIP) sowie das Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) zu stoppen. Hinter der Initiative „Stop TTIP“ stehen knapp 150

Organisationen aus 18 EU-Mitglieds-ländern. Besonders kritisiert werden die geplanten Regelungen zum Investitionsschutz, mit denen ausländischen Investoren weitreichende Schutzrechte gegenüber Staaten eingeräumt werden. Mit einer EBI ist es möglich, die Europäische Kommission aufzufordern, eine Gesetzesinitiative zu ergreifen. Gleichzeitig erzwingt sie eine Anhörung im EU-Parlament. Notwendig sind mindestens eine Million Unterschriften aus mindestens sieben verschiedenen Mitgliedsstaaten. www.campact.de

Ungerechte Einkommen

Christy Walton, Besitzer des Walmart Einzelhandelskonzerns, verdient in einer Sekunde mehr als eine Textilarbeiterin in Bangladesch in einem Jahr. Information: www.youtube.com/watch?v=112cEDbIW04

Difäm: Hilfe gegen Ebola

In Westafrika breitet sich Ebola weiter aus. Mitarbeitende der Krankenhäuser haben Angst vor Ansteckung und kommen nicht mehr zur Arbeit. Das Difäm in Tübingen organisiert nun Hilfslieferungen mit Schutzmaterial und berät Mitarbeitende, wie das Ansteckungsrisiko reduziert werden kann.

Speakers-Tour

Mitte Oktober werden Referenten aus Südafrika auf eine Speakers Tour durch Deutschland gehen. Wer sie einladen möchte, wende sich an: www.kasa.woek.de simone.knapp@woek.de

Fairer Kaffee aus Burundi

Minister Peter Friedrich war kürzlich zu Gast beim Handelshaus dwp in Ravensburg. Um Bauern in Burundi, dem Partnerland Baden-Württembergs, ein faires Einkommen zu ermöglichen, wird dwp schon bald einen fair gehandelten Burundi-Kaffee anbieten.

WEB-Infos

Wie viel Zwangsarbeit verursachen wir? Antwort gibt: SlaveryFootprint.org

Studie über Kinder in Zwangsarbeit: „Zwölf Jahre, Sklave – Kinder in Zwangsarbeit“. www.suedwind-institut.de

Broschüre „Fair durchs Kirchenjahr“: www.sternsinger.de (online-shop)

Studie „Unternehmen zur Verantwortung ziehen: Erfahrungen aus transnationalen Menschenrechtsklagen“. www.misereor.de

TTIP-Video von Schülerinnen und Schülern des Gymnasiums in Sachsenheim: www.youtube.com/watch?v=0rpL9inBbTs

Fairer Handel



Den Fairen Handel feiern

Die 13. Faire Woche findet vom 12. bis 26. September 2014 unter dem Motto „Ich bin Fairer Handel“ statt. Im ganzen Land laden Weltladen-Teams und andere Aktive dazu ein, die Ziele und Hintergründe des Fairen Handels sowie seine hochwertigen Produkte kennenzulernen. In vielen Weltläden dürfen fair gehandelte Leckereien gekostet werden. In Tübingen kocht die Tropenklarin faire Speisen, in Karlsruhe gibt es eine faire Buchausstellung, in Friedrichshafen spielen Musiker aus Bolivien und der Weltladen Milch-Hüfli in Lörrach bietet ein faires Buffet an. Viele weitere ansprechende Veranstaltungen: www.fairewoche.de

Erste Weltläden mit WFTO-Emblem

Seit kurzem dürfen die ersten sieben Weltläden das Weltladen-WFTO-Emblem für ihre Außenkommunikation nutzen und damit zeigen, dass sie nicht nur die Kriterien des Weltladen-Dachverbands, sondern auch die Standards der WFTO, der World Fair Trade Organisation, erfüllen. In den nächsten Wochen werden weitere Weltläden diese Anerkennung erhalten. Ziel der WFTO ist es, die Lebensumstände benachteiligter Produzenten zu verbessern und die Handelsbedingungen langfristig zu verändern.

Kommunen fairwandeln

Eine Konferenz zu den Fairtrade Towns in Baden-Württemberg veranstaltet die FairHandelsBeratung des DEAB. Anhand von Beispielen soll gezeigt werden, wie Fairtrade Town Prozesse den Fairen Handel in einer Kommune voranbringen können. Workshops geben Anregungen

wie der Fairtrade Town Prozess weiter entwickelt und von verschiedenen Akteuren genutzt werden kann. Termin: 21. November im Bürgerhaus West, Stuttgart. www.deab.de, b.lieber@deab.de

Kurse auf der Landesgartenschau
Ab September finden wieder Kurse für Schulklassen im Eine-Weltzelt statt: www.gruenesklassenzimmer-bwgruen.de

Wir gratulieren
Das Team des Eine-Welt-Ladens in Weil der Stadt erhielt einen Sonderpreis „für den 24-jährigen Einsatz für eine faire Welt“ von der Stadt Weil der Stadt. Jubiläum: Der Weltladen Weikersheim feierte kürzlich seinen 5. Geburtstag.

Reise

Die wilden Teile Äthiopiens
vom 7. bis 21. November 2014;
Kosten: 2 600 Euro.

Kontakt und ausführlicher Reiseplan:
Ise und Helmut Falkenstörfer,
Tel. 0 71 81-64 3 99,
ihd.falkenstoerfer@t-online.de



Resonanz

Gesetzliche Definition für Faire Waren
Südzeit 61: Fairtrade auf neuen Wegen

Es wird immer schwieriger, sich im Labeldschungel zurechtzufinden. Deshalb wäre eine gesetzliche Definition mit rechtsverbindlichen, einheitlichen Kriterien und einer entsprechenden Kennzeichnung gut. Noch gibt es jedoch Fairtrade-Siegel, Fairtrade-Programmsiegel, Utz, Rainforest Alliance, Rapun-

zel, Hand in Hand usw. auf der einen Seite und auf der anderen Seite Gepa, dwp und El Puente, die mit ihren Namen für so viel fair wie möglich stehen. Und so lange das so ist, müssen wir die Brille einpacken und die Zutatenliste studieren. Bärbel Ferkinghoff-Wiese, per Mail

Nachtrag
Südzeit 60: Brasilien

All diejenigen, die vom Regenwald fasziniert sind und sich um seinen Schutz sorgen, finden im Bildband Amazonia Lesefreude pur. Mit wunderschönen Fotos, detaillierten Informationen zu Fauna, Flora und den Bewohnern des Regenwaldes sowie mit Hintergrundmaterial, zu dem auch eine Liste von Hilfsorganisationen gehört, gibt das Buch Einblicke in das Leben in der faszinierenden grünen Oase. Araquém Alcântara: Amazonia – Tier und Pflanzen im größten Landschaftsgebiet der Welt. Knesebeck Verlag, München 2013; 39,35 Euro.

Südzeit liegt in vielen Weltläden für Sie bereit – fragen Sie nach.

K
SolarArt Kraftwerk
5%



Besser Grün anlegen – als sich schwarz ärgern

- Nachhaltigkeit bewirken
- gebührenfrei
- 5 bis 15 Jahre Laufzeit
- 4,00 bis 8,00 % Zins

Jetzt informieren:
www.solarart-kraftwerk.de
oder Tel: 0 93 43-62 76 90

Vorschau

Die nächste Ausgabe von Südzeit erscheint im Dezember. Unser Schwerpunktthema:

„Gutes Leben“

Über das Leben im Einklang mit der Natur unter Beachtung ökologischer und sozialer Normen.

Grüne Mode

facebook.com/mode.oeko.fair

Bestellen: u.umpfenbach@deab.de, www.deab.de

Bildquellen

Titel: Bundesheer; S.4: Ilja Mess; S.5: privat; S.6: Martin Storz; S.7: Jürgen Grässlin; S.8: Herlinde Koebel (li.), Jürgen Grässlin; S.9: Herlinde Koebel (li.), Jürgen Grässlin; S.10: Jürgen Grässlin; S.11: Markus Brändli (oben), privat; S.13: Andreas Schoelzel/ekd; S.14: Oxfam; S.15: privat; S.16: Oxfam; S.18: Urgewald; S.19: privat (li.), Sebastian Ahlers/ Stiftung Deutsches Historisches Museum; S.20: Hartmut Fiebig/TransFair (li.), FIAN; S.21: Hartmut Fiebig/TransFair; S.22: Karlsruhe/Gartenbauamt; Ich bin von hier; Karlsruhe/Gartenbauamt (von oben); S.23: Herstellerfotos; S.25: Jörg Böhling/Brot für die Welt, Emil Subden/Oxfam, Jane Beesley/Oxfam, Emil Subden/Oxfam, Mike Auerbach/Oxfam (von oben); S.26: privat; S.29: privat (li.), Faire Woche, GEPA/Nusch (von oben); S.30: Araquém Alcântara/Knesebeck Verlag; S.32: Neue Vision Filmverleih.

Das war mein größter Coup

Zwei Bundespräsidenten schüttelte er bereits die Hand. Sein Credo „Migranten müssen sich politisch engagieren können“ vertritt Saliou Gueye mit erstaunlichem Erfolg



Im Juli erhielten Sie die Bundesverdienstmedaille für Ihre Verdienste für Integration. Wie fühlten Sie sich?
Ich war sehr überrascht. Umso mehr habe ich mich über diese große Ehre gefreut, die ich mit vielen anderen teilte, die für ihren Einsatz für Internationalität und ein friedliches Miteinander ausgezeichnet wurden. Für uns alle war diese Anerkennung ein Ansporn. Wir sind damit Vorbilder für ein offenes Deutschland – auch stellvertretend für die vielen Menschen, die sich auf vielfältige Weise für eine interkulturelle Öffnung einsetzen. Das Beste, was ein Staat machen kann, um die Menschen zu motivieren, ist eine solche Wertschätzung. Auch im Senegal berichteten die Medien darüber. Deutschland hat damit eine großartige Willkommenskultur ausgestrahlt.

Warum ist gerade das Thema Integration für Sie so bedeutsam?
Meine Mutter hat uns Kinder gelehrt, tolerant gegenüber anderen Menschen zu sein, egal woher sie

kommen und welchen Glauben sie haben. Wir lernten von ihr die Kunst, auf andere Menschen zuzugehen sowie Mitgefühl zu empfinden. Als ich 1994 nach Deutschland kam, merkte ich, wie verzerrt das Bild Afrikas ist. Ich wollte mich einmischen. An der Uni habe ich mich dann im Ausländerreferat engagiert, einen Verein gegründet und den ausländischen Studierenden geholfen, sich zurecht zu finden.

Was war Ihr größter Erfolg?
Die Bundesverdienstmedaille war ein Höhepunkt. Aber im Nachhinein ist es weniger die persönliche Geschichte, die mir wichtig ist. Berührt hat mich beispielsweise, als mich eine Migrantin anrief, die seit 30 Jahren in Berlin lebt und mir unter Tränen sagte, wie sehr sie und ihre Kinder sich über diese Anerkennung freuen. Nun endlich hätten sie das Gefühl, in Deutschland angekommen zu sein. Ich freue mich, wenn andere sich freuen, wenn ich Menschen Mut machen kann. Aber: Ich möchte mich nicht ausruhen – im Gegenteil, ich will noch mehr erreichen!

Was möchten Sie in Ulm erreichen?
Das Miteinander der Kulturen ist für mich ein Kernthema Deutschlands. Unsere Städte werden bunter, internationaler. Wie gehen wir mit dieser Vielfalt um? Die Politiker in Ulm haben das Konzept „Ulm: Internationale Stadt“ beschlossen. Jedes zweite Kind hier hat internationale Wurzeln. Das ist ein Zukunftsthema. Ulm kann nur bestehen, wenn wir dem Rechnung tragen. Bei einer nachhaltigen Stadtteilentwicklung müssen wir den Aspekt Migration berücksichtigen. Mit meinem Background als Stadtplaner möchte ich dazu beitragen, dass Internationalität als Chance und Erfolgsfaktor verstanden wird. Die Haltung des Oberbürgermeisters Ivo Gönner ist vorbildlich, er hat Interkultur zum

wichtigen Thema gemacht. Migranten werden beteiligt, es gibt Bildungsmöglichkeiten, Sprachförderung und eine wertschätzende Willkommenskultur. Ulm ist auf einem guten Weg.

Welche Verbindung haben Sie zu Ihrer ursprünglichen Heimat Senegal?
Wie vielen Migranten ist mir mein Heimatland sehr wichtig. Einmal im Jahr fahre ich in den Senegal.

Stimmt es, dass Sie sich über Unpünktlichkeit sehr ärgern und Schwäbisch lernen möchten?
Im Senegal stören mich Dinge, über die sich sonst niemand ärgert. Beispielsweise, wenn ein Bus eine halbe Stunde verspätet kommt. Keiner regt sich auf – nur ich. Schwarze Schale mit weißem Kern, sagen meine Freunde dann. Ich muss selbst darüber lachen. Unpünktlichkeit mag ich nicht. Was das Schwäbisch betrifft: Ich arbeitete in Lübeck, Mannheim und Ludwigsburg und konnte alle gut verstehen. Aber als ich in Ulm anfang - „Sodele Jetztle“ und ähnliche Ausdrücke verstand ich nicht. Schwäbisch muss ich noch üben.

Saliou Gueye, 1968, nahm als erster Deutscher afrikanischer Herkunft an einer Bundesversammlung zur Wahl des Bundespräsidenten teil und erhielt kürzlich die Bundesverdienstmedaille. Vor rund 20 Jahren kam er zum Studium der Stadtplanung nach Deutschland. Schon damals engagierte er sich in sozialen Projekten und gründete den Verein Afrikanischer Studierender. Als Integrationsbeauftragter der Stadt Ludwigsburg entwickelte er Integrationsprojekte, die Vorbildcharakter besitzen. Seit 2013 ist er Leiter der Koordinierungsstelle Internationale Stadt in Ulm.



Filmtipp: Can't be silent

Nach Baden-Württemberg werden bis Ende des Jahres rund 23.000 Flüchtlinge gekommen sein. Einen besonderen Blick auf deren Situation erlaubt Heinz Ratz und seine Band Strom & Wasser. Ratz besuchte deutsche Flüchtlingsheime und begab sich schließlich mit musizierenden Asylanten auf eine Konzerttour durch Deutschland. „Viele Weltmusiklabels würden sich um diese Musiker reißen“, urteilte ein Kritiker von Radio Bayern 2 begeistert. Im Alltag reißt sich niemand um die Flüchtlinge. Sie leben isoliert, sind von Abschiebung bedroht, dürfen sich nicht frei bewegen

und haben kaum Möglichkeiten, ihr Instrument zu spielen. „Wenn du auf der Bühne stehst, klatschen alle, tanzen und sind happy. Wenn du nicht auf der Bühne stehst, sehen die Menschen nur den Flüchtling in dir“, sagt Sam aus Gambia, der in Reutlingen lebt. Nun gibt es einen Film auf DVD zu diesem besonderen Projekt. Die Dokumentation „Can't be silent“ zeigt Konzertausschnitte. Sie begleitet die Flüchtlinge aber auch in ihrem Flüchtlingsalltag, berührt und macht neugierig auf die Menschen, die einst voll Hoffnung nach Deutschland geflüchtet sind. www.cant-be-silent.de



Ich möchte Südzeit abonnieren!

Schicken Sie eine Mail an u.umpfenbach@deab.de oder kreuzen Sie an:

- Normales Abo: Vier Ausgaben für 12 Euro im Jahr
- Unterstützer-Abo: Vier Ausgaben für 25 Euro im Jahr

Name

Straße / Hausnummer

PLZ / Wohnort

Email / Telefon

X Datum und Unterschrift

Bitte
ausreichend
frankieren,
danke!

Südzeit:
wissen was läuft
– für nur
12 Euro im Jahr

Südzeit

Abo-Verwaltung
Uta Umpfenbach
DEAB
Vogelsangstr. 62
70197 Stuttgart

